führer Tarnow, der von der Reichsnotenbank verlangt, sie solle ihre Notenpresse in Tätigkeit setzen, um für 2 Milliarden Scheine zu drucken, damit mit diesem Gelde Arbeitslose beschäftigt werden können. Auch das Projekt des Volkswirtschaftlers Wagemann wird erwähnt, der als Deckung neu zu druckender kleingestückelter Noten im Betrage von etwa drei oder 4 Milliarden einen Wertpapierfond zulassen will. Tante Voß sieht in all diesen Vorschlägen nur Ansätze zur Inflation, ganz abgesehen davon, daß man mit 2 Milliarden nur ca. 600 000 Arbeiter beschäftigen könnte. Ausweitung des Kredits durch Neudruck von Noten, so wird ausgeführt, zieht auf alle Fälle ein Steigen der Preise nach sich, was sich wiederum automatisch auf die Handelsbilanz auswirken muß, in dem Sinne, daß eine interne Kreditausweitung die Aktivität der Handelsbilanz rasch verringern muß, wenn sie sie unter den heutigen Umständen nicht zum Verschwinden bringt. Tante Voß weiß selber auch keinen Ausweg und schließt ihren langen Artikel folgendermaßen:

„Ist die Hoffnung auf Lösung der Reparationsfrage, auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in absehbarer Zeit und damit auf politische Stabilität wirklich phantastischer als die, ohne böse Folgen Maßnahmen in Gang zu bringen, deren Risiko selbst von ihren Befürwortern nicht bestritten werden kann."

Was soll man dazu sagen? Der eine fragt den anderen, wessen Hoffnung phantastischer ist in bezug auf die Lösung des Arbeitslosenproblems. Phantasie ist auch nur das ganze Geschwätz der bürgerlichen Nationalökonomen, weil sie die Arbeiterschaft nur mit leeren Hoffnungen füttern können. Nicht Inflation oder Deflation oder sonstige Perversitäten kapitalistischer Börsenjobber sind imstande, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, weil die Profitwirtschaft die Vernichtung der Produktivkräfte ja gerade im Gefolge ihrer eigenen Zersetzung hat, die Lösung der Krise ist vielmehr eine Frage an die Mentalität der Arbeiterschaft, die endlich ihre revolutionäre Aufgabe zu begreifen hat: Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Aufbau der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Litwinow auf dem „Völkerbund".

Nachdem L. erkennt, daß die Garantie gegen den Krieg nur dadurch geschaffen werden könne, daß man den Krieg unmöglich mache, gibt er zu diesem Zweck folgende „marxistische" Erkenntnis von sich:

„Ich will nicht untersuchen, ob man die Sorge um die Sicherheit der Sowjetunion und eines Teils ihrer Truppen einem internationalen Organismus (also dem Völkerbund) anvertrauen kann, den einzig sicheren Weg bietet nur die Gesamtabrüstung. **Dabei leugne die Sowjetunion durchaus nicht den Nutzen des Völkerbundes oder des Kellogpaktes,** dem sie ja beigetreten sei." Nach diesem schmeichelhaften Geständnis für den Völkerbund kommt der praktische Vorschlag: „Die Sowjetunion vertrete heute folgenden Standpunkt: Verbot der Tanks und der schweren Artillerie, der Kriegsschiffe über 10000 t, der Schiffsartillerie mit einem Kaliber über 30,5, der schweren Bombenflugzeuge etc. Die Sowjetunion vertrete grundsätzlich die Gleichberechtigung aller Mitglieder der Konferenz und gleiche Sicherheit für alle Länder."

Dieses Dokument bolschewistischer Staatskunst reiht sich würdig neben die Politik der Nichtangriffspakte mit kapitalistischen Ländern. Die Gleichberechtigung mit den anderen Konkurrenten der kapitalistischen Weltproduktion zu sichern, das ist das Hauptziel des Stalinkonzerns. Die Rede von L. unterscheidet sich praktisch in nichts von der Rede des faschistischen Außenministers Grandhi, der auch die Abrüstung im Sinne der schwächeren imperialistischen Mächte forderte. Die Teilnahme an der kapitalistischen Staatspolitik eht so weit, daß L. offen erklärt, die wirkliche Bedeutung des „Völkerbundes" nicht untersuchen zu wollen! **Die 3. Internationale macht der kapitalistischen Internationale in Genf ihre Aufwartung, ohne ein Wort zu verlieren über Ziel und Sinn des Kommunismus, über die Klasseninteressen der Arbeiterschaft,** die man dauernd zu vertreten sich rühmt als einzige Partei und Führerin des Proletariats. Ein weiterer drastischer Beweis wohin die unbedingte Beteiligung am Parlamentarismus, am Völkerbund, an den Gewerkschaften führen muß: Zur Sanktionierung der kapitalistischen Profitwirtschaft, deren Nutzen man nicht einmal leugnet, siehe oben!

•

Die KPD im Bierstreik.

Der Hamburger Bierstreik, der in etwa 2500 Betrieben eingesetzt hat, wird auch von der KPD unterstützt. Flugblätter sind verbreitet worden, in denen die Arbeiterschaft zur Entschlossenheit für die Dauer des Streiks aufgefordert wurde. Auch die Deutschnationalen haben eine Anfrage an den Hamburger Senat gerichtet, in der Herabsetzung der Biersteuer gefordert wird. Das H.T. schreibt dazu: „Die Opposition der Deutschnationalen, Nazis und Kommunisten der Hamburger Bürgerschaft sind nunmehr auch in einer Bierstreikfront vereinigt."

Man scheint sich in der „einzigen Partei" anscheinend nicht vor Lächerlichkeiten, handelt es sich doch darum, die „Einheitsfront" mit den kleinen Gewerbetreibenden herzustellen. Diesem kleinen Privatbesitz zuliebe kann der „klassenbewußte" Arbeiter der KPD auch mal etwas tun: Er verzichtet auf seine Molle, und schon ist die „Einheitsfront" mit den Gastwirten da. Es lebe der „Völkerbund" und die nichtzertrankene Molle Bier!

Einheitsfronpraxis der KPD.

Das Einheitsfrontgeschrei ist bei der KPD wieder einmal Mode. Die Parteibeamten der KPD wissen jedoch sehr gut, daß eine wirkliche revolutionäre Einheitsfront der Proleten als Klasse den Einfluß der Bürokratie untergraben würde. Aus diesen Gründen versuchen die SPD und KPD-Bonzen jede Verständigung der Proletarier von unten unmöglich zu machen. Dort, wo es der KPD nicht gelingt, ihren Einfluß genügend zur Geltung zu bringen, schreitet sie zur Spaltung und greift zu Ausschlüssen. Tausendmal stellt sie ihre Parteisache höher als die Sache der proletarischen Befreiung. Die Moral der KPD ist gleich jener der Jesuiten. Wo die KPD in der Minderheit ist, schreit sie nach proletarischer Demokratie, und dort, wo sie herrscht, vergewaltigt sie dieselbe.

Das Verbrecherische der KPD-Strategie besteht darin, daß sie nicht die reformistischen, sondern die linken Organisationen der Arbeiterbewegung zum Schaden der Vorwärtsentwicklung spaltet. Augenblicklich hat die KPD ihre Geschütze auf den IVdIB. und auf alle Kulturorganisationen gerichtet, die noch nicht vollständig unter dem Regiment der KPD marschieren. Aus Spalten, Ausschließen und Verleumden besteht die Kampfesart der KPD, um die Parteiinteressen zu wahren. Die KPD ist jetzt dabei, die linke Arbeiter-Sportbewegung vollständig für ihre Parteiarbeit einzuspannen. Sie verlangt, daß die Mitglieder dieser sogenannten „überparteilichen Organisationen" für die KPD und ihre Presse werben. Im ASV-Fichte Berlin, 4. Gruppe, wo unsere Genossen seit Jahrzehnten tätig sind und sich gegen die Parteimaßnahmen der KPD wandten, ging die KPD-Führung von „Fichte" dazu über, hinter den Rücken der Mitglieder der 4. Gruppe den Genossen W. auszuschließen. Die Gründe für den Ausschluß bestehen einzig und allein darin, daß der Gen. W. als Unionist in „Fichte" seinen Standpunkt vertrat und als Kinderleiter die Kinder, die für die Jugendwehre in Frage kamen, nicht nach den Parteiladen der KPD, sondern zur „Opl" schickte.

Rosa Luxemburg und die III. Internationale

I.

Der Massenstreik.

Am dreizehnten Todestag von Karl Liebknecht und Rose Luxemburg konnten die RGO-Strategen à la Heckert nicht anders Rosa ehren, als daß sie von ihren „Fehlern" zetern, ohne diese zu beweisen. Wir wiesen schon darauf hin, daß diese Politikanten, die keine eigene Meinung haben und stets auf Geheiß Moskaus ihre „Linie" ändern, um nicht den Anschluß zu verpassen, nicht berufen sein können, Luxemburgs „Fehler" festzustellen. Was bringen nun diese „unfehlbaren" Berufsführer der KPD gegen L. Grundsätzliches vor?

Nach der „Fahne" vom 15. 1. 32 sagte Heckert in seiner Sportpalastrede über die „Fehler" Rose L., daß sie „die Spontaneität der Massen bei weitem überschätzte. Das war nicht L. einziger politischer Fehler. Die Geschichte hat in allen Fragen, in denen Rose mit Lenin stritt, diesen recht gegeben." Was Heckert über Rosas „Fehler" sagt, ist herzlich wenig. Wir werden sehen, warum man so wenig grundsätzlich auf sie eingeht und trotzdem so viel von ihren „Fehlern" spricht. Auch das Organ des „roten" Metallarbeiter-Verbandes, „Der Metallblock" Nr. 2, verfällt in dieselbe Methode wie Heckert. Es faselt von den „Fehlern" Rosas, ohne überhaupt sie selbst sprechen zu lassen und auf sie einzugehen. In einem Artikel „Vorwärts unter dem Banner Lenins" heißt es: „Rosa Luxemburg hatte in einer Reihe wichtiger Fragen Abweichungen von der Linie des Marxismus-Leninismus; so in der Frage der Rolle der Partei und der Rolle der Massen, in der Rolle des Imperialismus usw."

Das ist alles, was man den KPD-Proleten von Rosa Luxemburg vorsetzt. Sie hat sich „geirrt", Lenin hat recht, und ihr KPD-Mitglieder habt nicht zu fragen, warum, — so fertigt die KPD Rosa Luxemburg ab. Lassen wir Rosa selbst sprechen und wir werden sofort sehen, warum ihre Anschauungen bei den KPD-Bonzen so verhaßt sind und als „Fehler" denunziert werden. In der Schrift **„Massenstreik, Partei und Gewerkschaften"** schreibt R. L. zur Frage des Massenstreiks auf Seite 31: „Mit einem Wort: der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist nicht ein pfiffiges Mittel, ausgeklügelt zum Zweck einer kräftigeren Wirkung des proletarischen Kampfes, sondern er ist die Bewegungsweise der proletarischen Massen, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution."

Rosa Luxemburg erkannte mit aller Schärfe, daß der Massenstreik kein Allheilmittel ist, sondern aus den Bewegungsgesetzen des Klassenkampfes erwachsen muß. Sie wandte sich gegen die anarchistisch-syndikalistische Parole des Generalstreiks, den man nach „einer Art Taschenmesser, das man in der Tasche für alle Fälle zusammengeklappt bereit halten oder auch nach Beschluß aufklappen und gebrauchen kann." Man hat L. eine starre „Spontaneitätstheorie" angedichtet, die sie vertreten haben soll. Lassen wir zu dieser Frage sie selbst sprechen und wir werden sehen, daß R. L. nicht daran dachte, die Massen zu überschätzen, doch hat sie die Massen ebenso wenig unterschätzt, wie die heutigen Leninisten. Sie schreibt in der angeführten Schrift, Seite 37, dazu: „Auch hier besteht die Initiative und Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Massen. Das Element des Spontanen spielt, wie wir gesehen haben, in allen russischen Massenstreiks ohne Ausnahme eine große Rolle, sei es als treibendes oder hemmendes Element. . . Kurz, in den Massenstreiks in Rußland spielt das Element des Spontanen eine so vorherrschende Rolle, nicht weil das russische Proletariat „ungeschult" ist, sondern weil sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen."

Das sind die einzigen Sätze der Schrift, wo R. L. von Spontaneität spricht und auf Grund dieser Ausführungen hat man von Seiten der KPD-„Führer" ihr eine „Spontaneitätstheorie" angehängt. Rosa dachte nicht im entfernten, daß aus dem Klassenkampf spontan ohne Organisierung der Massenstreik sich bildet. Sie wußte sehr wohl, daß das Proletariat in Organisationen zusammengeschweißt sein muß. Doch wußte sie ebenso gut, daß „sich Revolutionen nicht schulmeistern lassen" und daß die Leitungen der Massenstreiks nicht in „Kommandieren" zu wirken haben, sondern „in möglichst enger Fühlung" mit den Massen. R. L. erkannte schon damals, welche Gefahren den Massenstreik von dem reformistisch fundamentierten Bürokratenstamm der Gewerkschaften und SPD drohen, deshalb warnte sie vor dem „Schulmeistern" der Revolution und dem „Kommandieren".

Wir können verstehen, wenn den „Führern" der einzig richtigen „Linie" die allzuwahren Worte L. nicht in den Kram passen, denn gerade die KPD-Bonzen spielen sich doch täglich als die „Schulmeister" der Revolution auf, die nur die „einzig richtige Meinung" vertreten. Weil die unzweideutige klare Auffassung R. L. zum Massenstreik sich nicht nur gegen die SPD, sondern auch gegen die KPD-Bonzen richtet, konstruierte die Thälmänner „Fehler" von Luxemburg. Rosa L. bleibendes Verdienst besteht darin, daß sie als erste im großen Stil darauf hingewiesen hat, daß das Proletariat im Klassenkampf sich selbst sammeln und führen muß und ebenfalls selbst seine Aktionen zu organisieren hat: **sie war es, die das Selbstbewußtsein der Massen als eine elementare Voraussetzung des proletarischen Befreiungskampfes erkannte.** Klar und eindeutig geht diese Erkenntnis R. L. aus folgenden Sätzen ihrer Schrift „Massenstreik", Seite 51, hervor: „Heute, wo die Arbeiterklasse sich selbst im Laufe des revolutionären Kampfes aufklären, selbst sammeln und selbst anführen muß, und wo die Revolution ihrerseits ebenso gegen die alte Staatsgewalt wie gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichtet ist, erscheint der Massenstreik als das natürliche Mittel, die breitesten proletarischen Schichten in der Aktion selbst zu rekrutieren, zu revolutionieren und zu organisieren, ebenso wie es gleichzeitig ein Mittel ist, die alte Staatsgewalt zu unterminieren und zu stürzen. . .

Rosa Luxemburgs Erkenntnis und Klarheit über die selbsthandelnde Rolle der Massen im Befreiungskampf, die in der Welt gelebt haben." Trotzdem R. L. der Arbeiterklasse als Lehrerin diente, war sie nicht Führerin vom Schlage eines Stalin oder Thälmann, die sich wohlfühlen, wenn sie wie den Massen gefeiert und beinebelt werden. Sie baute nicht Berufsführern, sondern den Massen ein Fundament, auf welchem das Proletariat seine Befreiung vollziehen kann." Das ist ihr großes Werk — und deshalb ist sie bei allen Bonzen, gleich welcher Partei, so verhaßt.

Die Union kämpft seit ihrem Bestehen dafür, daß die proletarischen Massen mittels ihrer selbstgeschmiedeten Organe — die Kampfausschüsse und der aus ihnen erwachsenden Räte — die Befreiung in Stadt und Land erkämpfen müssen und daß nicht irgendein Bürokratenstab einer Partei die Massen schulmeistert. Daß einst die Lehren R. Luxemburgs der Arbeiterklasse zum Sieg verhelfen mögen — dafür ringt und kämpft die KAU. (Weitere Artikel folgen.)

Unsere Genossen müssen, soweit sie in Sport- und Kulturlose Spaltungspolitik der KPD Stellung nehmen und dafür kämpfen, daß das Proletariat nicht von der KPD bevormundet und mißbraucht wird und selbst seine Befreiung organisieren lernt.

IG-Farben macht Geschenke

Die „Kulturabteilung" der IG-Farben hat den Schulbehörden des Reiches ein außergewöhnlich großzügiges Anerbieten gemacht: Sie will den vier Klassen der Volks-, Mittel- und Höheren Schulen, die die Abiturstufe von 10 bis 14 Jahren umfassen, zwei Fotoapparate pro Klasse als Prämie schenken.

Wie großzügig von IG-Farben, den Kleinen in dieser freudearmen Zeit so unverhohlte Ueberraschungen zu bereiten! Und welche Riesenkosten muß die Firma auf sich nehmen, um die Beschenkung an allen Schulen durchzuführen! Es muß doch ein unendlicher Vorrat an Agfaapparaten vorhanden sein, daß die Weise unter die Leute kommen sollen. Oder sollte IG-Farben etwa den Plan haben, Arbeitslose zur Massenherstellung von Apparaten neu einzustellen und so die Wirtschaft endlich wieder anzukurbeln?

Man ist solch Vorgehen von unseren „Wirtschaftsführern" nicht gewöhnt und steht erstaunt vor soviel Weitsicht. Nur das Mittel zu diesem großen Wurfe scheint befremdlich.

Es liegen wahrlich Lebensmittel, Bekleidung, Kohle und andere Bedarfsartikel genug im Vorrat, ohne daß bisher die herstellenden Firmen darauf verfallen wären, sie an Schulkinder zu verschenken. Es wären auch schon lange genug Arbeitslose vorhanden, um die großzügigsten Aktionen möglich zu machen. Und doch hat man sich bisher immer lieber zum Vernichten, als zum Verschenken der Waren bereitgefunden.

IG-Farben hat einen neuen, „besseren" Weg entdeckt: Statt Vernichtung der angehäuften Ware Zwangsverkauf durch Schenkung!

An den Besitz eines Fotoapparates schließen sich nämlich notwendig laufende Käufe von Rollfilmen und alle folgenden Ausgaben bis zur Fertigstellung des Bildes an, — wenn man das Geschenk nicht unbenutzt läßt. Die Sorge für den letzteren, einzigen Haken dieses guten Geschäftes überläßt IG-Farben wiederum in weiser Voraussicht den Kindern. Die Kleinen werden schon solange betteln, bis die Eltern, die das Notwendigste nicht mehr beschaffen können, einen neuen und immer wieder einen neuen Agfa-Rollfilm kaufen. Die Kinderhände sind angeübt, und viele, die meisten Aufnahmen mißglücken im Anfang. Aber Uebung macht den Meister" und der Filmbedarf bezahlt rasch den „geschenkten" Apparat. Außerdem stellt mit Recht zu hoffen, daß die Freunde und Freundinnen der zwei glücklichen Besitzer in der Klasse sich zum nächsten Geburtstag nichts sehnlicher wünschen als einen Rollfilmapparat, so daß die „Kulturbemühungen" der IG-Farben garantiert für keinen der Beteiligten umsonst gewesen sind. . .

Schweiz

Mit Hacke und Schippe gegen die Krise.

Das Schweizerländchen mit seinen knapp 4 Millionen Einwohnern kommt auch immer mehr in den Strudel der Weltkrise hinein. Als starkes Im- und Exportland spüren besonders die Exportindustrien die Schrumpfung des Weltmarktes und durch die neuen Schutzzollerhöhungen mehrerer Länder wird auf die beschäftigten Betriebe bald einwirken. Die Preisunterbietungen verschiedener Länder und auch die Ueberschwemmung des Landes mit ausländischen billigen Produkten (speziell deutschen) veranlassen die Unternehmer, den Lohnabbau zu propagieren und er ist bei einem groß Teil Arbeit bereits durchgeführt worden. Die Uebrigen kommen alle hübsch der Reihe nach dran in nächster Zeit. Ein plötzlicher generelle Lohnabbau könnte böses Blut schaffen und womöglich zu einer geschlossenen Abwehrkampf führen, den man verhindern möchte.

Im Prinzip sind die schweizerischen Gewerkschaften gegen Lohnabbau, aber sie fügen sich zetreu dem Vorbilde ihrer großen Schwestern in Deutschland in dieses „unvermeidliche Schicksal", warten und vertrösten auf bessere Zeiten, in denen der Verlorene erkämpft und noch mehr gefordert werden können. Sie meckern ein wenig und schreiben: „Lohnabbau nur dann, wenn gleichzeitig die Lebenshaltungskosten gesenkt werden."

Aber dies ist ja alles schon dagewesen. Man bräuchte doch nur ein wenig über die Grenze zu schauen, dort wurde sogar von der Regierung die Preissenkungssektion gefördert mit dem Erfolg, daß die Massenkonsumgüter (Brot etc.) nach erfolgtem Lohnabbau mehrmals im Preise wieder stiegen. Wenn es darauf ankommt, wird die schweizerische Bourgeoisie dieses Manöver auch durchführen.

Auswirkung und Stärke der Krise zeigt natürlich noch nicht solche Verelendung, als in Deutschland. Bis voriges Jahr war noch einigermaßen Konjunktur und die Bautätigkeit war eine sehr rege, aber sie wird dieses Jahr bestimmt nachlassen. Betriebseinschränkungen und Stillegungen greifen immer mehr um sich und das Arbeitsamt Zürich stellte für Oktober ein Steigen der Erwerbslosenziffer um 96 Proz. fest, trotzdem noch rege Bautätigkeit herrscht und die Saisonarbeiter fast restlos schon früher weggewiesen wurden.

Die sozialdemokratischen Kleinbürger liegen im Bereich des Arbeitsamtes den Bau-Unternehmern nahe, doch während des Anhaltens der Krise die Ausschachtungen nicht maschinell vorzunehmen, sondern Arbeiter — mit Hacke und Schippe dies zu beschäftigen.

Der Fremdenverkehr ist ebenfalls stark rückgängig und zuletzt infolge der hundert Mark Ausreisegebühr Deutschland und da dieser für die Schweiz von wichtiger Bedeutung ist, wird der unvermeidlich weitere Rückgang auch seine Spuren hinterlassen.

Bücher-Angebot

Sämtliche sozialistisch-kommunistische Literatur sowie Bücher aller Wissensgebiete, Romane usw. besorgt und liefert zu Originalpreisen der „Neue Arbeiter-Verlag" (Franz Rothe) Berlin O 112, Grünberger Straße 4.

Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution. 0,20 RM.
Wer bertritt die Massen. 0,10 RM.
Kritik an den Waffen. 0,35 RM.
Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union. 0,10 RM.
Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung. 1,50 und 2,50 RM.
Ausgangspunkte der Grundprinzipien. 0,25 RM exkl. Porto.
Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin. 0,75 RM. (wenige Exemplare.)
— Historischer Materialismus. 1,— und 2,50 RM.
Marx, Lohnarbeit und Kapital. 0,70 RM.
— Lohn, Preis und Profit. 0,90 RM.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Kuntze, Berlin.
Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin.

DER KAMPFRUF

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 13, Nr. 2 | Berlin, März 1932 | Preis 10 Pfennig

Der „Kampfruf" erscheint zweimal monatlich
Zu beziehen durch die Funktionäre der KAU

Bezugspreis: viertelj. 1 RM. im voraus zahlbar
auf Postscheckkonto Rich. Radt, Berlin 100 817

Der „Geist von 1914" siegte

Achtzehneinhalb Mill. Stimmen für Hindenburg, elfeindrittel Millionen für Hitler, knapp fünf Millionen für Thälmann und zweieinhalb Millionen für Düsterberg: dies ist das Wahlergebnis vom 13. März.

Hindenburg ist der Held des Tages . . .

Die sozialdemokratische Presse jubelt: „Die Eiserne Front hat Deutschland gerettet!"

„Deutschland"? Das ist das Vaterland — der Industriefürsten und Agrarier, der Bankkönige und ihrer Staatsbürokratie. Und Hindenburg war der Kandidat der einflußreichsten Kapitalsgruppen dieser Republik, der Kandidat einer kapitalistischen Allianz, die das Proletariat nach allen Regeln der bürgerlichen Staatskunst ausbeutet und niederhält. . .

Den Zweck seiner Kandidatur hat Hindenburg im Rundfunk selbst eindeutig erklärt: „Das Ziel können wir nur erreichen, wenn wir uns zu **einer wahren Volksgemeinschaft** zusammenfinden. **Ich erinnere an den Geist von 1914.** . ."

Der „Geist von 1914' aber war — Krieg der deutschen Kapitalistenklasse um neue Rohstoff- und Absatzgebiete, war Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Imperialismus! **Und dieser Geist des imperialistischen Wahnsinns und des mörderischen Massenkrieges hat am 13. März 1932 wiederum triumphiert!!** „Deutschland" — das Vaterland der Kapitalisten — „ist gerettet" . . .

Es ist das geschichtliche Verbrechen der Sozialdemokratie, durch eine jahrzehntelange parlamentarische (und gewerkschaftliche) „Schulung" den Klassenkampfgeist breiter Arbeitermassen so zersetzt zu haben, daß diese nach vier Jahren Weltkrieg und neun Jahren Konterrevolution abermals mit fliegenden Fahnen in die Hindenburgfront des deutschen Nachkriegskapitalismus eingerückt sind! Gewiß, die SPD- und ADGB-Führer sind auch heute nur ihrem sozialimperialistischen Geist von 1914 treu geblieben, was sie jedoch keinesfalls von ihrer persönlichen Verantwortung für jenen neuen Judasdienst freispricht.

Da hilft ihnen auch nichts die skrupellose Demagogie, daß durch Hindenburgs Wahlsieg nun „Hitler geschlagen" sei. Die Wels und Kumpanei werden schon nächsten Monat ihr blaues Wunder erleben bei der Preußenwahl . . . Und überhaupt: der Nazifaschismus ohne Phrase entpuppt sich immer mehr als der Erbe des herrschenden Systems. Hitler selbst hat ja am Vorabend der Wahl gegenüber dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker offen erklärt, daß er „keineswegs sofort alle Notverordnungen Brünings rückgängig machen und ebensowenig den Versailler Vertrag zerreißen" werde. Diesen Schwur auf die **Preisgabe der „nationalsozialistischen Revolution"** hat der oberste General der SA-Banden auch auch schon vorher in den westdeutschen Industriellenklubs geleistet. Hitler und Brüning-Severing sind eben nur zwei parlamentarische Spielarten des Systems der monopolkapitalistischen Diktatur, die sich noch nicht um die Besetzung des Staatsapparats einigen konnten. —

Ueberraschend schlecht abgeschnitten hat am 13. März die KPD, angesichts der höheren Wählerzahl und größeren Wahlbeteiligung. Gerade in wichtigen Industriebezirken (Berlin, Hamburg, Mitteldeutschland, Oberschlesien) hat Thälmann auffallend viel Stimmen verloren. Das ist immerhin auch ein Beweis dafür, daß parlamentarische Aktionen einfach nicht als „Mobilisierung" zum Kampf Klasse gegen Klasse" ausgegeben werden können. Daß überhaupt die SPD-Bonzokratie Millionen Arbeiter für Hindenburg an die Urne treiben konnte, ist auch die historische Schuld der KPD-Führung. Denn gerade die bolschewistische Idealisierung der parlamentarischen Illusionspolitik stärkt immer wieder die ideologische Basis des Sozialdemokratismus in der Arbeiterschaft und verhindert so die Bildung einer revolutionären Einheitsfront. **Die proletarische Klassenfront gegen die kapitalistische Gesellschaft kann nur erstehen durch den direkten Kampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen,** aber niemals durch eine parlamentarische „Klassenkandidatur"!

Aus dem Inhalt:

Staatliche Bankensanierung.
Neue Linie der KPD?
Rosa Luxemburg und die 3. Internationale.
Das Weltchaos.

„Deutschland gerettet". . . Und weiter geht die Ausplünderung der Massen! Der Hungersold der sechs Millionen Erwerbslosen soll abermals gekürzt werden. Ebenso wird die staatskapitalistische Bankensanierung neue Opfer für das gesamte Proletariat bringen.

„Hitler geschlagen . . .? Nein! Denn die Zerschmetterung des Nazifaschismus ist kein parlamentarisches Rechenexempel, sondern eine Frage des revolutionären Machtkampfes gegen das kapitalistische System!

Das ist deshalb die große Lehre des 13. März: **Der Geist des Kapitalismus mit seinen nazifaschistischen und sozialdemokratischen Stützen wird solange triumphieren, bis die proletarischen Massen darangehen, sich für ihr Klassenziel des Kommunismus zu schlagen!**

Rußland hilft Japan

Seitdem der japanische Imperialismus seinen von allen kapitalistischen Weltmächten durch Kriegsmaterallieferungen unterstützten Raubzug in der Mandschurei führt, hat die Moskauer Internationale für ihre Sektionen die Parole ausgegeben: „Unterstützt den antiimperialistischen Volkskrieg Chinas gegen Japan!" Fast täglich ist in der deutschen bolschewistischen Presse die Aufforderung an die Proletarier zu finden: „Verhindert jeden Transport! Verweigert die Verladung von Munition und Sprengstoff!"

Die bolschewistische Regierung Rußlands jedoch treibt eine direkt entgegengesetzte Politik. Sie hat nämlich jetzt die Zustimmung zu japanischen Truppensendungen auf der Sowjetlinie der Ostchinabahn gegeben! Hier der Beweis. Unterm 29. Februar bringt die „Rote Fahne" vom 1. März eine Meldung aus Moskau, in der es u. a. heißt:

„Da sich die japanische Regierung auf besondere Umstände beruft, die sie dazu veranlaßten, sich mit der Bitte an die Sowjetregierung zu wenden, den Transport japanischer Truppen auf der östlichen Linie der Ostchinabahn zu gestatten, **ist die Sowjetregierung bereit,** als Ausnahme und provisorische Maßnahme **dem Sowjetteil der Direktion der Ostchinabahn die Weisung zu geben, den Transport japanischer Truppen von Charbin bis zur Station Imanpo, im äußersten Falle bis Chailin, zu erlauben."**

Diese Antwort gab Karachan, der russische stellvertretende Außenkommissar, dem japanischen Botschafter Hirota.

Die Sowjetregierung mag gewiß ihre zwingenden Gründe (ungestörte Industrialisierung!) haben für die Vermeidung eines evtl. kriegerischen Konfliktes mit Japan. Aber **die gegebene Erlaubnis Rußlands für japanische Truppentransporte auf der östlichen Ostchinabahn ist doch faktisch eine Hilfe für den japanischen Imperialismus — und nicht etwa eine Unterstützung des von der Moskauer Internationale proklamierten „antiimperialistischen Volkskrieges Chinas"!**

Das wird jeder revolutionäre Proletarier begreifen. Wie lange aber wollen die KPD-Arbeiter dieses vom russischen Staatskapitalismus bedingte Doppelspiel der bolschewistischen Politik noch mitmachen??

Zum Krisenkongreß des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB befaßte sich auf seiner Tagung am 15. und 16. Februar 1932 mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die selbst vor den Mitgliedsbüchern des ADGB kein Paroli findet, zwingt die Spitzenkörperschaften des ADGB, „ein Stück ihrer wohlüberlegten, ihrer kühlen Mäßigung aufzugeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuscheuchen."

„Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben", — sagt Th. Leipart vor dem Bundesausschuß. Deshalb steigt am 23. März 1932 in Berlin ein sogenannter **Krisenkongreß,** auf dessen Tagesordnung die Frage der **Arbeitsbeschaffung** steht.

Der ADGB als „Spitzenkörperschaft" der deutschen Arbeitnehmer will also Mittel und Wege suchen, die die Möglichkeit schaffen, daß wenigstens **1 Million Menschen für die Dauer eines Jahres Arbeit finden.**

Dieser Plan des ADGB ist ein Glied in der Kette seiner bisherigen Praxis als **Arzt des Kapitalismus.**

Infolgedessen marschieren auch die Allerweltspolitiker Tarnow und Naphtali mit ihren welterschütternden Rezepten zur Beseigung der Krise auf.

Arbeitsbeschaffung durch Kreditausweitung heißt das Schlagwort, das die ADGB-Strategen geboren haben.

Wie die Kreditausweitung von statten gehen kann, das soll der Krisenkongreß auskneblen.

Fritz Tarnow meint ganz allgemein: **„Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand bestehen. Die öffentlichen Arbeiten müssen die früheren privatkapitalistischen Investitionen ersetzen, die jedesmal beim Abschluß der Depression auftauchten und der Wirtschaft den Belebungsanstoß gaben."**

Eine Schwierigkeit sieht er nur bei der Frage der Finanzierung desPlanes auftauchen, — weil die öffentliche Hand über keine flüssigen Mittel verfüge.

„Das Versagen des Kreditsystems hat bereits dazu geführt, daß die Weiterführung der Wirtschaft so gut wie unmöglich geworden ist." Weil dies so ist, — „muß der fehlende Kredit so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden" — sagt Tarnow.

„Die Bergbau-Industrie", Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands schreibt am 12. März 1932 in ihrer Nr. 11 (nachdem festgestellt wurde, daß wir es heute eben nicht mehr mit „normalen" Verhältnissen zu tun haben) ganz offen:

„Jedem Einsichtigen ist klar, daß der Privatkapitalismus sich zurzeit in den von uns vorstehend aufgezeigten Verhältnissen windet und keinen Weg mehr zu bauen vermag, der aus der Krise herausführt. Dieser Weg aber muß gebaut werden, und wenn nicht mit, dann eben ohne oder auch gegen den Privatkapitalismus."

„Wenn aber demgegenüber die Tatsache besteht, daß die Wirtschaft **aus sich selbst heraus keinen Wandel zu erwirken vermag, dann ist die Frage entschieden, ob jetzt regierungs- oder verwaltungspolitisch eingegriffen werden soll,** weil das einfach durch die Tatsachen zwangsläufig geworden ist. Bis ebenhöchstens noch das „Wiz" solchen Eingreifens zu klären."

Der Ruf nach der **„öffentlichen Hand",** den die freien Gewerkschaften ausstoßen, **das ist der Ruf nach dem Staatskapitalismus!**

Indem die Krisentheoretiker des ADGB und alle Gewerkschaftszeitungen ganz zaghaft andeuten, daß der **Privat**kapitalismus nicht mehr seine eigenen Widersprüche meistern kann, — und sie das Eingreifen der „öffentlichen Hand" fordern, — **statt die breiten Massen der organisierten Gewerkschaftler zum offenen breiten Massenkampf gegen den Kapitalismus auf-**

zufordern, begehen die Gewerkschaftsführer erneut einen unerhörten Betrug am Proletariat.

Kein Wort verlieren die ADGB-Strategen über die geschichtliche Aufgabe der proletarischen Klasse, angesichts des völligen Bankrotts der Kapitalismus und seiner Aussichtslosigkeit **jemals diese permanente Krise** überwinden zu können.

Kein Wort vom Klassenkampf und vom Versuch, die Krise mit revolutionären Mitteln zu lösen.

Kein Aufruf zum Massenstreik gegen das System.

Die Krisentheoretiker vom ADGB übersehen ganz ihre eigene ideologische Krise. Bei dem Willen, den Kapitalismus zu heilen — geht ihr organisatorischer Körper kaputt. Und das ist gut so!

Die Krise des Kapitals hat auch eine Krise der Arbeiterbewegung geschaffen.

Die Ueberwindung der Krise der Arbeiterbewegung birgt die Voraussetzung zur völligen Beseitigung der kapitalistischen Krise in sich — durch die **Aufhebung der Klassengesellschaft** und Errichtung der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Unterm Brennglas

Kleine Nachlese zur Präsidentenwahl.

Hindenburg sprach am 10. März im Rundfunk über „Sinn und Ziel" seiner Kandidatur. Er appellierte dabei ausdrücklich an den „Geist von 1914" und an die „Frontgesinnung". — Die in die masurischen Sümpfe gejagten Proleten und die übrigen Weltkriegstoten konnten den Feldmarschall allerdings nicht mehr hören . . . .

Am nächsten Tage wurde eine Rede Brünings aus dem Sportpalast Berlin auf den Rundfunk übertragen. Der Kanzler feierte Hindenburg als einen „von Gott gesandten Mann von monumentaler geschichtlicher Größe" usw. usw.

Die sozialdemokratischen Hindenburg-Wähler wissen nun wenigstens, daß es eine „göttliche" Tragödie ist, wenn sie laut „Vorwärts"-Befehl „aus Liebe oder aus Haß" in die Front des imperialistischen Kriegsgeistes von 1914 eingerückt sind . . . .

*

Briand starb — Ivar Kreuger erschoß sich.

Am 7. März ist der jahrelange Außenminister des französischen Imperialismus gestorben, nachdem sein politisches Ende schon Monate vorher sang- und klanglos gekommen war. — Am Grabe dieser Primadonna des kapitalistischen „Völkerbundes" trauern auch die sozialdemokratischen Käppschüler der imperialistischen Diplomatie.

Der weltbekannte Zündholzkönig Kreuger hat in Paris Selbstmord durch Erschießen verübt. Ursache: die großen finanziellen Schwierigkeiten seines Riesenkonzerns infolge der Weltwirtschaftskrise. — Ivar Kreuger ist nicht der erste Kapitalskönig, der sich eine Kugel in den Kopf schoß, als seine Spekulationen fehlschlugen. Die „sittliche" Devise der Profithaie lautete schon immer: „Nach uns die Sintflut".

*

Der „Geist von 1914" in Schanghai.

Ueber das Leben in der kriegsumtobten ausländischen Niederlassung Schanghais lesen wir im „Berliner Tageblatt" folgendes:

„Wohl wenige Fremde sind von Chinas Schicksal bis in die Seele hinein ergriffen. Auf allen aber lastet die Sorge, was nun werden wird. Einige erhoffen von Japans Aktion eine **Erweiterung der Konzessionen,** und damit des Gebietes, in welchem westliche Ordnung herrscht. Die Grundstückwerte würden dann steigen und eine neue Aera der Prosperität wird in Schanghai einsetzen."

Brandbomben auf Schanghais Chinesenviertel, das immer mehr in ein Leichenfeld verwandelt wird — und nebenan in der Fremdenzone schmieden die französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten schon Pläne, wie sie den Massenmord in Gold ummünzen. Das ist — der „Geist von 1914" . . .

*

Sie sind überall.

Nach einer Meldung der „Moskauer Rundschau" vom 28. Februar 1932 wird A. W. Lunatscharski als Vertreter der Sowjetunion bei den Goethe-Festlichkeiten in Weimar, anläßlich der hundertsten Wiederkehr des Todestages des Dichters, teilnehmen.

Wie sagte doch Goethe mal:

Getretener Quark wird breit, — nicht stark.

*

Eine nette Gesellschaft.

Laut Mitteilung der „Moskauer Rundschau" vom 28. Febr. hat sich eine „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft" (Arplan) Anfang Januar in Berlin gebildet. Ihr gehören schon 50 Personen an. Etliche Namen sind dabei interessant. Man lese: Professor Stephan Bauer (Basel), Dr. Arnold Grabowski (Berlin), **Professor Henrik Großmann** (Frankfurt a. Main), **Professor Otto Hoetsch** (Berlin), Privatdozent N. Kelen (Charlottenburg) und Professor Alfred Menzel (Aachen).

Uns interessieren die Namen Henryk Großmann und Otto Hoetsch.

Professor Henryk Großmann, der in seinem Buch „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des Kapitals (zugleich eine Krisentheorie)" als „Kritiker" der Akkumulationstheorie von Rosa Luxemburg auftritt, die **die Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande** beweist. Dann der deutschnationale Professor Otto Hoetsch, der uns als würdiger Repräsentant erscheint, um die Industrialisierung Rußlands schließlich als deutschnationalen Sozialismus hinzustellen.

Nette professorale wissenschaftliche Einheitsfront. Gehört alles zur theoretischen Offensive des Bolschewismus. Immer eindringlicher wird die Mahnung von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Staatliche Bankensanierung

Als im Sommer v. J. die Danat-Bank wegen Zahlungsunfähigkeit ihre Schalter schloß, war dies ein deutliches Signal, daß die kapitalistische Weltkrise die Grundlagen des deutschen Bankwesens erschüttert hat. Denn aus Konkurrenzgründen allein hätten die übrigen Großbanken wohl schwerlich die Danatbank im Stich gelassen in einer Situation, die alle Zweige des Kapitalismus vor die größten Schwierigkeiten stellte. Auch die monatelange Schließung der Börse bestätigte ja ebenfalls, daß der Danat-Krach der krasse Ausdruck einer Systemkrise des deutschen Finanzkapitals war. Den Anstoß dazu gab u. a. auch der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion, auf den bei Bekanntwerden die ausländischen Gläubiger Deutschlands sofort schlagartig mit Kreditkündigungen reagierten.

Am 22. Februar ist nun nach langwierigen Verhandlungen die Sanierung der deutschen Bankwirtschaft durch Notverordnung verkündet worden. Dieser Schritt der Brüning-Regierung ist der dokumentarische Beweis für den im letzten Sommer erfolgten Zusammenbruch des Bankwesens. Ja, man muß geradezu vom katastrophalen Bankrott des deutschen Finanzkapitals sprechen, wenn man sich die jetzt bekannt gewordenen

Riesenverluste der Großbanken

vor Augen hält. Der Sanierungsplan der Regierung hat z. B. die überraschende Tatsache enthüllt, daß die Deutsche Bank- und Diskontogesellschaft beinahe ihr ganzes Kapital verloren hat. Von den 285 Millionen Mark Aktienkapital muß sie nicht weniger als rund 275 Millionen zur Deckung ihrer Schulden abschreiben! Dieser Verlust der DD-Bank, die vor zwei Jahren durch Fusion im amerikanischen Stil entstand, ist beispiellos in der deutschen Finanzgeschichte.

Danat- und die Dresdner Bank haben insgesamt 253 Millionen verloren. Schließlich hat auch die Commerz- und Privat-Bank einen Verlust von 107 Millionen Mark erlitten.

Die Pleite der deutschen Großbanken muß als vollkommen bezeichnet werden. Denn die Gesamtverluste, die sich aus Kapitalzusammenlegung und Abschreibungen ergeben, werden auf annähernd eine Milliarde Mark geschätzt! Dabei ist nicht zu verzessen, daß infolge der großen Bankbeteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmungen die fortschreitende Wirtschaftskrise noch höhere Bankverluste in Erscheinung treten lassen wird. Es handelt sich also bei den deutschen Bankkrachs nicht etwa um Einzelfälle, sondern um eine Systemkrise, die eine Folge des allgemeinen ökonomischen Verfallsprozesses des Kapitalismus ist.

Durch eine großzügige

Reichshilfe für die Banken

soll nun die zusammengebrochene private Finanzwirtschaft reorganisiert werden. Die Regulierung der Verluste übernehmen in hervorragendem Maße die Reichskasse und die Reichsbank oder deren Filiale, die Golddiskontbank.

Am tiefsten muß der Staat in den Beutel greifen für die Sanierung der Danatbank, die vollständig in der Dresdner Bank aufgeht. Für zehn Danat-Aktien werden drei Dresdner gewährt und das Reich gibt 100 Millionen zur Umwandlung von 300 Millionen Vorzugsaktien in 200 Millionen Stammaktien der neuen Dresdner Bank. Mit den übrigen Aufwendungen (Reservefonds, Kredit usw.) beträgt das Reichsopfer allein im Falle Danat 238 Millionen Mark. Eine direkte Kapitalshilfe von ca. 65 Millionen erhält auch die Commerz- und Privat-Bank, die mit dem Barmer Bankverein vereinigt wird. Hier wird das gesamte Kapital ebenfalls im Verhältnis von 10 zu 3 zusammengelegt und um 57,5 Millionen erhöht auf 80 Millionen. Die DD-Bank legt ihr Kapital im Verhältnis von 10 zu 4 zusammen und der Staat übernimmt durch die Golddiskontbank für 57,5 Millionen Mark Aktien. Bei der Allgemeinen Kredit-Anstalt Leipzig muß die Golddiskontbank ebenfalls mit 15 Millionen einspringen.

Im ganzen steckt das Reich direkt oder auf dem Wege über die Reichsbank bzw. die Golddiskontbank (durch Aktienübernahme etc.) rund 800 Millionen in die Pleite der Großbanken hinein! Das bedeutet also Bankensanierung auf Kosten der Staatskasse.

Die sozialdemokratische Presse des In- und Auslandes bezeichnet nun den 22. Februar als „Tag des revolutionären Umsturzes im deutschen Bankwesen". Fritz Naphtali preist im „Vorwärts" vom 23. 2. die staatliche Bankensanierung als „einen Uebergang zu neuen Wirtschaftsformen".

Wie liegen nun in Wirklichkeit die Dinge? Richtig ist, daß die Aktion der Regierung ohne Zweifel von historischer Bedeutung ist. Es stimmt auch, daß die privatkapitalistische Idee der freien Wirtschaft durch die staatliche Sanierung der Großbanken einen gehörigen Schlag erhalten hat. Aber die Aktion der Brüning-Regierung ist doch im Grunde nur ein Schritt auf dem staatskapitalistischen Wege, der faktisch sogar noch

die Macht des Finanzkapitals verstärkt!

Während nämlich der Staat über dreiviertel Milliarden Mark in das Loch des Privatbanksystems hineinpumpt, erhält er dafür absolut keine eigentlichen Kontrollrechte über die Großbanken. Das muß selbst der „Vorwärts" anprangern, indem er schreibt: „Die Reichsbank ist die Herrin der Golddiskontbank, in der die neuen Bankbeteiligungen verwaltet werden. Die Reichsbank wird kontrolliert und zum Teil verwaltet von Generalrat, der fast ausschließlich aus Vertretern jener Banken besteht, die die Reichsbank jetzt über die Golddiskontbank kontrollieren soll. Die Bankenvertreter kontrollieren in der Reichsbank also sich selbst."

So ist es in der Tat: **Die Bankfürsten, deren bankrotte Privatunternehmen jetzt durch den Staat saniert werden, „kontrollieren" sich nun auch noch selbst! Und außerdem gewinnen sie durch die neuen Bankfusionen noch mehr Macht gegenüber den kleineren Privatbanken, wie auch gegenüber dem Staat!** Denn gerade die Reichshilfe für die Finanzkönige beweist erneut, daß der bürgerliche Staat nur ein Werkzeug der mächtigen kapitalistischen Interessentenhaufen ist.

Der staatskapitalistische Weg, wie er in der Bankenfrage beschritten wird, bedeutet also noch nicht einen Uebergang zu „neuen" Wirtschaftsformen, sondern im Gegenteil: gesteigerte Konzentration des Kapitals im Rahmen der bestehenden Profitwirtschaft und damit auch verschärfte Diktatur des Monopolkapitals über die besitzlosen Massen. Das werden besonders die Lohnsklaven der Finanzkönige zu allererst spüren, denn durch die Bankensanierung werden ca. 4000 Angestellte aufs Pflaster fliegen.

Die proletarische Klasse, der letztenendes auch die materielle Last der Bankensanierung aufgebürdet wird, muß den staatskapitalistischen Betrug durchschauen und erkennen: Es geht für die Ausgebeuteten nicht um einen Umbau der privaten zur staatlichen Profitwirtschaft, sondern um die Aufhebung der Lohnknechtschaft überhaupt durch die soziale Revolution. **Nicht der Staatskapitalismus, sondern der Kommunismus bedeutet erst den revolutionären Umsturz der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse.**

Die theoretische Wurzel der Führerkorruption in der SPD und KPD.

Wer hat recht?

Welcher recht hat, weiß ich nicht —
Doch es will mich schier bedünken,
Daß der Rabbi und der Mönch,
Daß sie alle beide stinken.

H. Heine.

Jedesmal, wenn die Wogen eines Abstimmungsrummels am höchsten schlagen, werden die Kloakendeckel, die man sonst sorgfältig dicht gehalten hat, geöffnet. So war es auch beim ersten Präsidentenwahlgang der „freiesten" Republik der Welt, Deutschland.

Ein gewisser Hans Pütz ist durch den brandlerischen Korridor gegangen und im SPD-Klubrossel gelandet. Dort häuslich niedergelassen, verfaßt er eine Broschüre, die den Namen trägt: **„Dokumente kommunistischer Führerkorruption".** Die KPD im Dienste der russischen Außenpolitik. Gedruckt in Leipzig, Dezember 1931. Diese Broschüre enthält für das revolutionäre Proletariat nur eine Neuigkeit, nämlich die, daß man durch die korrumpierte bürgerliche Sklaren-Partei und durch die streikbrecherischen Gnesche zwerkschaften die Wiedergeburt der Arbeiterbewegung herbeiführen könne. Die Sozialdemokratie und die „freien" Gewerkschaften, dieser Rettungsanker aller gerissenen Parlamentarier, Gewerkschaftseroberer und sogenannter roter Betriebsräte, wurden von Karl Liebknecht schon im Zuchthaus während des Krieges folgendermaßen gekennzeichnet, worin die Ursache der politischen und auch materiellen Verwahrlosung der SPD und KPD vom historisch-materialistischen Standpunkt treffend aufgezeigt wird:

„Die Berufsbürokratie sind keine Revolutionäre, höchstens Reformisten; und im tiefsten Standobjektiv — eine an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in paradoxer Form schmarotzende Schicht. Nur Ideologie hilft darüber hinweg. Das ist der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die großen zentralisierten mit fest besoldeten und von ihrem bisherigen Klassenniveau aus gut besoldeten Funktionären versehenen Organisationen bewegen, daß sie in dieser Berufsbürokratie eine den revolutionären Interessen des Proletariats geradezwegs feindliche Schicht nicht nur erzeugen, sondern zu ihrem bevollmächtigten Führer und gar leicht Tyrannen machen, die ein energisches Interesse gegen eine revolutionäre Politik des Proletariats haben, während die geistige und moralische Selbständigkeit, der Wille, die Initiative, die Eigenaktion der Massen zurückgedrängt oder ganz ausgeschaltet wird.

Zu dieser Bürokratie rechnen auch die besoldeten Parlamentarier.

Ein Uebel, gegen das organisatorisch nur ein Kraut gewachsen ist: **Beseitigung der besoldeten Bürokratie oder ihre Ausschaltung von allen Beschlüssen, ihre Einschränkung auf rein technische Hilfsarbeit. Verbot der Wiederwahl aller Funktionäre nach bestimmter Dauer, wodurch zugleich die Zahl der organisationstechnisch bewanderten Proletarier vermehrt wird; lederzeitige initiative Absatzmöglichkeit während der Amtsdauer; Beschränkung der Zuständigkeit der Instanzen; Dezentralisation; Urabstimmung für wichtige Fragen (Veto und Initiative).** Bei der Wahl der Funktionäre muß das entscheidende Gewicht auf ihre Erprobung im entschlossenen schlagfertigen, revolutionären Handeln, im revolutionären Kampfeifer, in rücksichtsloser Opferwilligkeit unter bereitwilliger Einsetzung der ganzen Existenz gelegt werden. **Die Erziehung der Massen und jedes Einzelnen zur geistigen und moralischen Selbständigkeit, zur Autoritäts-Ungläubigkeit, zur entschlossenen Eigen-Initiative, zur freien Aktionsbereitschaft und Fähigkeit,** bildet die einzige sichernde Grundlage für die Entwicklung einer ihren historischen Aufgaben gewachsenen Arbeiterbewegung überhaupt, sowie die wesentliche Voraussetzung für die Austilgung der bürokratischen Gefahren."

(Aus: Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß 1917—1918, Seite 28.)

Diese prophetischen Sätze Karl Liebknechts sind nach den Erfahrungen in der SPD und den Gewerkschaften vor und während des Krieges über dieselben niedergeschrieben. Diese Erkenntnisse treffen jetzt auch 100 prozentig auf die KPD zu. Der einzige Unterschied ist tatsächlich der, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder sich je von ihrer einheimischen Kapitalistenklasse befehlen und korrumpieren lassen, während alle Sektionen der III. Internationale dem russischen Staatskapitalismus huldigen müssen.

Die „Rote Fahne" vom 10. März 1932 bezeichnet diese Broschüre als schmierige Wahlüberlassammlung der Hindenburg-SPD. In ihrer „Widerlegung" geht sie auf keine positive Behauptung ein, sondern „widerlegt" nur drei ganz nebensächliche Lügen von Pütz über Thälmann.

Ueber den Fall des Spitzels Hamann, der noch Reichstagskandidat blieb, trotzdem er schon als Spitzel entlarvt war, über die öffentlichen Schamlosigkeiten der Ruth Fischer-Zentrale in der Tschechoslowakei während der Kampagne „Partei in Not", über „Bullen-Willi" mit dem Notzuchtversuch (gemeint ist Willi Leow) und seinem Jagdschein (Paragraph 51) und die verschwundenen 40 000 Mark, über den internationalen Dienst der mißliebige Elemente ins Ausland versetzt und dort der Polizei denunziert, über das russische Konto, durch das die kommunistische Bewegung in Deutschland zerschlagen wurde, über die mit Dollar gefüllten Brieftaschen während der Inflationszeit etc. schweigt sich die „Rote Fahne" in größter Eile schadenheit aus, um dadurch die Bestätigung für Pütz Anschuldigungen zu geben.

Die Kommunistische Arbeiter-Union hat im Sinne Liebknechts, dessen politische Aufzeichnungen von der KPD einfach totgeschwiegen werden, die organisatorischen Schlußfolgerungen gezogen.

Während nun die Berufsbürokratie je nach Bezahlung ihre Stellung wechselt, und auch die Dauerbetriebsräte, um ihre Stellung zu behalten, sehr schnell ihr Mäntelchen wechseln muß der kommunistische, der revolutionäre Proletarier aus kommunistischen Räteform stoßen, um so dem Berufsführertum auch wirklich den Boden zu entziehen, aus dem die Wurzel des Reformismus, Opportunismus, der Autoritätsduselei und Führerkorruption stets neue Kräfte saugen. Darum, Genossen der Kommunistischen Partei: Hinein in die Kommunistische Arbeiter-Union!

Neue Linie der KPD.?

Durch das immer schärfer hervortretende Mißverhältnis zwischen der objektiven revolutionären Situation und dem subjektiven Faktor, der Haltung der proletarischen Massen, sieht die KPD sich gezwungen, Rechenschaft über ihre Taktik in Vergangenheit und Gegenwart abzulegen. Dies geschieht seit einigen Monaten, mit stets wachsendem Nachdruck, in den Reden und Schriften Thälmanns, der das Zurückbleiben des subjektiven Faktors hinter dem objektiven zum Teil auf Fehler der KPD zurückführt. Aber diese Kritik der KPD geht — trotz ihrer scheinbaren Schärfe — überhaupt nicht an die Grundfehler heran, und die Konsequenzen, die aus der Aufdeckung der Fehler gezogen werden, sind ebenso halb wie die Kritik selber.

Wir wollen den Hauptpunkt der „bolschewistischen Selbstkritik" näher betrachten und können uns dabei im wesentlichen auf das Referat Thälmanns auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19. 2. 32 stützen, das als Broschüre „Der revolutionäre Ausweg und die KPD" erschienen ist. Thälmann beginnt seine Kritik der Parteiarbeit mit der Feststellung, daß die Parole „Eroberung der Mehrheit des Proletariats" nach wie vor die „strategische Hauptlosung" sein müsse. Diese Parole dürfe aber nicht so aufgefaßt werden, als ob es nur darauf ankäme, ein „Sympathiebekenntnis" der proletarischen Massen bei der Gelegenheit von Wahlen, Demonstrationen usw. zu erlangen; sondern der Sinn der Parole sei das Ziel „die entscheidenden proletarischen Schichten in den Kampf um die Eroberung der politischen Macht hereinzuführen". Diese Ausführungen Thälmanns enthalten das Geständnis, daß es der KPD bisher bei der Eroberung der Mehrheit des Proletariats wesentlich auf eine Eroberung der Stimmenmehrheit ankam und daß die bisherigen Erfolge tatsächlich nur in „Sympathiebekenntnissen" bestanden. Kritische Stimmen aus dem eigenen Lager scheinen Thälmann zu einer Verteidigung der KPD-Losungen gezwungen zu haben, denn er äußert sich ganz konkret zu den Augenblicksfrazen folgendermaßen:

„Ist es etwa so, daß uns diese Wahlkämpfe etwas ungelegen kommen, wie manche Funktionäre annehmen, weil durch die Wahlkampagne die Streikrüstung, der außerparlamentarische Kampf leiden könnte? Eine solche Auffassung wäre ebenso verkehrt wie die Meinung, die vereinzelt von Parteigenossen vertreten wurde, daß **die verschiedenen Volksbegehrenaktionen der Partei auch eine Ablenkung von den außerparlamentarischen Aufgaben** darstellen . . . Wir können diese Wahlkämpfe benutzen, um in den Massen Kampfentschlossenheit und Streikwillen zu erzeugen. Das erfordert allerdings, daß wir die Wahlkämpfe im Rahmen unserer gesamten Klassenpolitik auf der Grundlage der Betriebe und Stampelstellen als wirkliche außerparlamentarische Mobilisierungskampagne durchführen und jede parlamentarische Illusion zerstören."

Die Sinnlosigkeit parlamentarischer „Kämpfe" wird hier von Thälmann selbst zugegeben. Trotz dieser Einsicht verzichtet die KPD aber nicht etwa auf Beteiligung an Wahlen, sondern bemüht sich nur, sie in ein neues Gewand zu kleiden.

Dieses neue Gewand haben wir bei der Präsidentenwahl ausgiebig kennen gelernt: Die Massen wurden für die Wahlkampagne „mobilisiert" und die KPD erklärte dazu, es wäre „eine Mobilisierung zum Kampf Klasse gegen Klasse", „für die Diktatur des Proletariats". Die ganze Aktivität, alle Kräfte der Proletarier wurden für die Wahl angespannt, wochenlang fand kein Streik statt, aber die KPD stellte fest, „durch die Wahlaktion würden Kampfwille und Streikbereitschaft der Massen erhöht". Täglich las man in den Berichten der Arbeiterkorrespondenten der „Roten Fahne", daß die Thälmann-Wahl von den Funktionären der KPD in den Mittelpunkt der Betriebsarbeit gestellt wurde, **daß alle anderen Fragen hinter der Werbung von Wahlhelfern zurücktraten,** daß die Propaganda für die Thälmann-Wahl, wo sie wirksam war, die Illusion eines Ausweges durch den Wahlakt weckte, aber die KPD blieb bei ihrer „Theorie": Die Thälmann-Wahl ist eine Aktion, die die Massen „revolutioniert".

Was steckt hinter dieser Bejahung parlamentarischer Methoden? Warum gibt die KPD die parlamentarischen Wege nicht auf, wenn sie, wie Thälmann ausspricht, „die Zerstörung der parlamentarischen Illusionen" für notwendig hält? Um diese Frage zu beantworten, muß man die Parole, unter der die KPD ihre Aktionen inszeniert, näher betrachten. **Die Parole „Eroberung der Mehrheit des Proletariats" ist ein Ausdruck der falschen Grundeinstellung der KPD,** die darin besteht, sich selbst auf hohe Warte zu stellen und mit fertigen Rezepten in der Tasche die Massen zur Gefolgschaft zwingen zu wollen. An dieser Grundeinstellung wird von der KPD niemals gerüttelt, da der ganze Parteiapparat auf ihr ruht, und die KPD mit dem Verlassen dieser Art von Führerposition sich selbst aufgeben müßte. Die Kritik der KPD kann sich immer nur bei den Symptomen der falschen Grundhaltung befassen und kann zwar zu Abänderungen einzelner Erscheinungsformen führen, aber niemals eine wirklich revolutionäre Taktik erzeugen. Auch Stalins Ratschlag, daß die Partei „nicht nur die Massen belehren, sondern auch von ihnen lernen muß", wird der KPD nichts helfen, solange sie in ihrer „Generalstabsrolle" verharrt.

Wir haben der KPD-Kritik entgegen zu halten, daß alle durch Führerpolitik eingeleiteten Aktionen, so schlau sie ersonnen sein mögen, niemals eine Revolutionierung der Massen bewirken werden, daß die Revolution niemals siegen wird, wenn die Massen nicht lernen, selbst zu handeln.

Pannekoek hat in seiner programmatischen Schrift „Weltrevolution und kommunistische Taktik" eine Kritik der dritten Internationale gegeben, die an der heutigen Situation ihre volle Gültigkeit erweist und die wir deshalb in einem kurzen Auszug hier anführen:

„Der Parlamentarismus hat die unvermeidliche Tendenz, die eigene zur Revolution notwendige Aktivität der Massen zu hemmen. Mögen die schönen Reden zur Weckung der revolutionären Tat gehalten werden, so entspringt das revolutionäre Handeln nicht solchen Worten, sondern nur der harten, schweren Notwendigkeit, wenn keine andere Wahl mehr bleibt. Die Revolution erfordert auch noch mehr als die massale Kampftat, die ein Regierungssystem stürzt und von der wir wissen, daß sie nicht von Führern bestellt, sondern nur aus dem tiefen Drang der Massen entspringen kann . . . **Solange die Arbeiterklasse glaubt, einen leichten Weg zu haben, indem andere für sie handeln,** — von einer hohen Tribüne aus Agitation führen, Entscheidungen treffen, Signale für die Aktionen geben, Gesetze machen, — **wird sie zögern und durch die alten Denkgewohnheiten und die alten Schwächen passiv bleiben."**

Auch die Präsidentenwahl hat soeben erneut bewiesen, **daß die parlamentarische Taktik eines der größten Hindernisse für die Entwicklung des revolutionären Selbstandelns der proletarischen Massen ist.**

Das Weltchaos

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht soeben seine neuesten Untersuchungen der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Bericht zeigt klar auf das Fortschreiten der Weltwirtschaftskrise und die Unfähigkeit der kapitalistischen Klassen, ihre ökonomische Ordnung vor dem Verfall zu bewahren.

Die Weltwirtschaft Ende Februar.

Die Abkapselung der Volkswirtschaften im Kampf um ihre Währung und ihren Binnenmarkt hat das Geflecht internationaler Handels- und Verkehrsbeziehungen in den letzten Monaten in starkem Umfange zerstört. **Der Welthandelsumsatz ist erneut stark zurückgegangen.** Der internationale Fremdenverkehr und die Wanderbewegung kommen mehr und mehr zum Erliegen. Der Weltkreditverkehr ist nahezu völlig erstarrt; die Gläubigerländer waren weiterhin bestrebt, ihre Auslandskapitalien zurückzuziehen. Dieser Tendenz wurde zunehmend durch Moratorien oder Stillhalteabkommen entgegengewirkt.

In den meisten Wirtschaftsgebieten — vor allem in den Industrieländern — setzte sich der Schrumpfungsprozeß in Produktion, Umsätzen, Kaufkraft und Preisen zum Teil verschärft fort. Nur in Großbritannien und in einigen überseeischen Ländern blaute der Rückgang ab und kam zum Stillstand. Damit zeigen sich erstmalig seit Ende 1930 wieder Ansätze einer konjunkturellen Differenzierung in der Weltwirtschaft.

Die relative Besserung in einigen Rohstoffländern stand mit der Konsolidierungstendenz auf den Märkten der Textil- und Nahrungsstoffe im Zusammenhang, eine Tendenz, die jedoch allein auf die Rohstoffe der Verbrauchsgüterindustrien beschränkt blieb.

Durch weiteres Schrumpfen des Kreditvolumens infolge Geldhortung und Depositenabhebung **erhöhte sich der Druck auf Löhne, Preise und Kaufkraft.** Diese Auswirkungen sowie vor allem auch die immer stärker anschwellende Welle von Insolvenzen als Folge des Debitorenabbaus läßt in großen Teilen der Weltwirtschaft mehr und mehr wirtschaftspolitische Tendenzen erstarken, die gegen weitere Deflation gerichtet sind.

Die Schrumpfung in Deutschland.

Preise, Produktion und Umsatz sind weiter abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit ist Mitte Februar auf 6,13 Millionen angeschwollen. Von der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten sind nur 70 Prozent beschäftigt.

Das zur Aufnahme von Verbrauchsgütern verfügbare Einkommen setzt seine Abwärtsbewegung fort. Die Not und wohl auch die Unsicherheit über die künftige Entwicklung zwingen zum Einsatz von Ersparnissen für den laufenden Konsum. Der Absatz der Verbrauchsgüterindustrien wird dadurch etwas gestützt. Der Absatz der Produktionsgüterindustrien unterliegt demgegenüber einem verstärkten Druck. Die rheinische Investitionstätigkeit dürfte sich, obwohl nicht mehr weit von der Nullinie entfernt, weiter vermindern.

Die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden stehen unter dem Einfluß dieser Entwicklung. Die Sozialausgaben haben die Tendenz, weiter zu steigen, indes die Steuereinnahmen spärlicher fließen. Der Ausgleich wird um so schwieriger, als sich erweist, daß eine Heraufsetzung der Steuersätze das Steueraufkommen kaum noch erhöht.

Auch der **währungs- und zollpolitische Wirrwarr,** in den die Wirtschaft hineingeraten ist, macht sich je länger desto stärker zum Nachteil der deutschen Wirtschaft geltend. **Die Ausfuhr hat sprunghaft abgenommen.** Deutlich wird auch erkennbar, wie stark sich die Wettbewerbsverhältnisse durch die Abkehr Englands vom Goldstandard zu unseren Ungunsten verschoben haben. Bei im ganzen abnehmenden Exportumsätzen vermag sich der Anteil Englands besser zu halten als der Deutschlands. Für eine Reihe fertiger und halbfertiger Verbrauchsgüter verzeichnet Deutschland sogar steigende Einfuhr bei sinkender Ausfuhr.

Der Generalabbau der Löhne.

Das Einkommen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammen hat im vierten Vierteljahr 1931 schätzungsweise 7,8 Milliarden Mark betragen gegenüber 9,5 Milliarden Mark im vierten Vierteljahr 1930. Das bedeutet einen **Rückgang um 17 bis 18 Prozent.** Gegenüber dem Höhepunkt des Arbeitseinkommens im Jahre 1929 ist das Arbeitseinkommen im Vergleich der vierten Vierteljahre sogar um 25 bis 30 Prozent gesunken. Es ist bemerkenswert, daß gegenwärtig auf die Bewegung des Arbeitseinkommens die Senkung der Löhne und Gehälter mindestens ebenso großen Einfluß hat wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die Verkürzung der Arbeitszeit.

Im 4. Vierteljahr 1931 war die Zahl der Bezieher von Arbeitseinkommen — nach der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu schließen — um mehr als 1½ Millionen geringer als vor einem Jahre. Es kommt hinzu, daß die durchschnittliche Arbeitszeit allein in den Wirtschaftszweigen, in denen darüber Angaben zur Verfügung stehen, gleichzeitig gesunken ist. Am meisten aber fällt ins Gewicht, daß zwischen den letzten Vierteljahren 1930 und 1931 die Tariflöhne und Tarifgehälter sowie die Beamtengehälter teilweise mehrfach erheblich herabgesetzt worden sind.

Die Industriearbeiter haben unter dem Einkommensverlust am schwersten zu leiden. Ihr Einkommen war im 4. Vierteljahr 1931 um ü r zu 25 Prozent geringer als im 4. Vierteljahr 1930. Die Industriearbeiter nämlich haben, was die Senkung der Löhne betrifft, mindestens die gleichen Verluste erlitten wie die übrigen Teile der Arbeitnehmer; bei den Industriearbeitern ist aber auch der Rückgang der Beschäftigung am allerschärfsten. Es zeigt sich, daß bis zum 4. Vierteljahr die tariflichen Stundenlöhne der Industriearbeiter gegenüber 1930 um nicht ganz 7 Prozent gesunken waren. Den Verlust, der durch den Abbau der übertariflichen Bezahlung entstanden ist, wird man wahrscheinlich insgesamt auf ebensoviel veranschlagen dürfen, wenn auch hierüber keine zuverlässigen Angaben zur Verfügung stehen. Die wachsende Arbeitslosigkeit hat vom 4. Vierteljahr 1931 beinahe eine Million Industriearbeiter ihres Einkommens beraubt. Nach den Zahlen der Industrieberichterstattung sind ferner von jedem in der Industrie Beschäftigten im 4. Vierteljahr 1931 etwa 4 Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet worden als im vierten Vierteljahr 1930.

Bereits jetzt läßt sich schätzen, **daß das gesamte Arbeitseinkommen im 1. Vierteljahr 1932 wahrscheinlich auf etwa 6,5 Milliarden Mark sinken und somit um etwa ein Viertel geringer sein wird als im 1. Vierteljahr 1931.**

*

Rosa Luxemburg und die III. Internationale

II.

Die nationale Frage.

Der imperialistische Raubzug in China steht im Brennpunkt weltpolitischer Fragen, die für das internationale Proletariat von eminenter Bedeutung sind. Anhand der ökonomischen und kriegerischen Entwicklung Chinas können wir die umstrittenen Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, des nationalen Krieges usw. nicht nur theoretisch, sondern praktisch an lebendigen Beispielen der Geschichte und des Klassenkampfes stellen. Rosa Luxemburg konnte mit Lenin jahrelang nur theoretisch über diese Fragen streiten und erst in den letzten Jahren ihres Lebens war es ihr vergönnt, durch den Weltkrieg den praktischen Beweis der Richtigkeit ihrer Auffassung zu erbringen. Seit ihrem Tod sind 13 erfahrungsreiche Jahre für das Proletariat verflossen, die an unzähligen geschichtlichen Tatsachen bewiesen haben, daß nicht R. L. in der nationalen Frage irrte, sondern die III. Internationale.

Es liegt uns fern, nach der Art des Leninismus einen Personenkult zu betreiben. Doch im Interesse der geschichtlichen Wahrheit müssen wir feststellen, daß es R. L. war, die als erste Sozialistin in Deutschland im Weltkrieg mit aller Schärfe und Klarheit die Aufgaben des revolutionären Proletariats gegen den Krieg proklamierte. Die unzweideutigen Sätze, die sie während des Weltkrieges in der „Junius"-Broschüre niederschrieb, sind heute genau so aktuell wie vor 16 Jahren. Nicht nur das — die Richtigkeit dieser Grundsätze ist heute unbezweifelbar. Lassen wir sie zum Steuer der Wahrheit selbst sprechen. Auf Seite 71 der Junius-Broschüre stehen folgende markanten Sätze zu den oben angeschnittenen Fragen: „Solange kapitalistische Staaten bestehen, namentlich solange die imperialistische Weltpolitik das innere und äußere Leben der Staaten bestimmt und gestaltet, hat das nationale Selbstbestimmungsrecht mit ihrer Praxis im Krieg wie im Frieden nicht das geringste gemein. Noch mehr: **in dem heutigen imperialistischen Milieu kann es überhaupt keine nationalen Verteidigungskriege mehr geben, und jede sozialistische Politik, die von diesem bestimmenden historischen Milieu absieht, die sich mitten im Weltstrudel nur von den isolierten Gesichtspunkten eines Landes leiten lassen will, ist von vornherein auf Sand gebaut."** Auf Seite 73 derselben Schrift heißt es weiter: „Das nationale Programm hatte nur als deologischer Ausdruck der aufstrebenden, nach der Macht im Staate zielenden Bourgeoisie eine geschichtliche Rolle gespielt, bis sich die bürgerliche Klassenherrschaft in den Großstaaten Mitteleuropas schlecht und recht zurechtgesetzt, sich in ihnen die nötigen Werkzeuge und Bedingen geschaffen hat."

Wir können heute den letzten Satz Rosa Luxemburgs dah

Lassen wir die Geschichte sprechen und untersuchen wir marxistisch „die nationalen Befreiungskriege". Die Geschichte hat gezeigt, daß gerade in den Ländern, die vom Zarismus unterdrückt wurden und für deren „Selbstbestimmungsrecht" die Bolschewiki, vor allem Lenin, sich einsetzten, in dem Moment zum Faschismus übergingen, als die Bourgeoisie unabhängig im „nationalen" Sinne wurde. R. L. hat entschieden und mit Recht dagegen angekämpft, daß das Proletariat vor den nationalen Karren der Bourgeoisie gespannt wurde, wie einst es in der Praxis die Bolschewiki taten und die III. Internationale noch heute tut. Es ist eine übertriebene Schlauheit und eine falsche Spekulation, wenn die Bolschewiki glaubten und noch glauben, daß man die nationale Phraseologie der herrschenden Klasse im Interesse der proletarischen Befreiung ausnutzen und verwerten kann. Ueberall, wo die III. Internationale diese opportunistische Politik betrieb, hat sie sich nicht zum Nutzen des Proletariats, sondern zum Vorteil der aufstrebenden nationalen Bourgeoisie erwiesen.

Im Jahre 1923 hat die III. Internationale, durch Idealisierung des nationalistischen Schwindelmanövers der deutschen Bourgeoisie, der faschistischen Bewegung die Steigbügel gehalten. Anstatt den Nationalrausch der deutschen Ausbeuterklasse marxistisch zu zerschlagen, paßte sich die KPD in ihrer Propaganda der nationalen Phraseologie an und nur die kommunistische Unionsbewegung vertrat den revolutionären Klassenstandpunkt des Proletariats. Die „Rote Fahne" vom 21. Juni 1923 schrieb: „Die starke Betonung der Nation in Deutschland ist ein revolutionärer Akt" und die „Fahne" vom 1. April 1923 stieß also ins nationale Horn: „Eine starke Regierung allein kann Deutschland retten, eine Regierung, die getragen ist von den lebendigen Kräften der Nation." Die „starken" Regierungen kamen dann auch, mit Brandler, Böttcher und Heckert an der Spitze, — **doch wurde durch diese Regierungsspielerei der Kommunismus nicht getördert, sondern in Schmutz und Dreck gezogen.** Der Gipfelpunkt war Radeks berühmte nationalistische Rede in der erweiterten Komintern-Exekutive am 20. 6. 23, wo er den erschossenen Nationalistenführer Schlageter verherrlichte. Durch den Nationalbolschewismus der KPD wurden 1923 nicht nur die Profitinteressen der Krupp, Klöckner und Thyssen gefördert, **sondern ebenfalls das Wachstum der faschistischen Hitler-Bewegung ungeheuer unterstützt.** Die KPD hat trotz der harten Lehren der Geschichte nicht gelernt und macht heute wie 1923 der nationalistischen Phraseologie Konzessionen. Wir brauchen nur ihr „nationales und soziales Freiheitsprogramm" betrachten. Noch die „Fahne" vom 24. 2. brachte die nationalbolschewistische Phrase in großer Schlagzeile: „KPD führte 1923 an der Ruhr den nationalen Befreiungskampf". Die Nazis ernten die Früchte, die durch die nationalbolschewistische Politik der KPD gesät wurden — das lehrt die Entwicklung in Deutschland.

Wenn wir nach China blicken, so kommt uns der Nationalbolschewismus mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen für das Proletariat noch erschreckender zum Bewußtsein. In China unterstützt die III. Internationale seit 1926 aktiv die Kuomintang, d. h. jene Henkerpartei, die bestialisch wie nie zuvor in der Geschichte das revolutionäre Proletariat niedermetzelt. Diese Unterstützung begründeten die Bolschewiki mit der „Förderung" der chinesischen Revolution. Am 8. April 1927 schrieb noch begeistert die „Fahne": „Ein Bündnis zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei ist notwendig." Die Bolschewiki verbündeten sich jedoch nur nicht mit der Henkerpartei, sondern stellten sogar dieser chinesischen faschistischen Partei Minister zur Verfügung. Die „Fahne" vom 24. 3. 27 brachte eine „Siegesmeldung", die besagte: „Ein zweiter Sieg ist, daß die Kommunisten zum ersten Male in der Kuomintregierung vertreten sind: durch den Genossen Tanpinsan, Agrarminister, und den Genossen Souchenzing, Arbeitsminister." Am 23. 2. 27 erschien in der „Fahne" ein Bild, wo Thälmann, Heckert und Leow als „Verbündete" mit den Generalen Tutschanghin und Chanlitse, als Ehrenmitglieder des RFB photographiert sind. Doch kaum einige Wochen später meldete die „Fahne" den „Verrat der rechten Kuomintangführer". In Wirklichkeit waren nicht nur die „rechten Führer" Konterrevolutionäre, sondern die Kuomintangpartei an sich war immer eine Bourgeoisie-Partei. Als Ostern 1927 die chinesischen Proletarier gegen die konterrevolutionären Maßnahmen dieser Partei in Schanghai sich zur Wehr setzten, da zeigte sich mit aller Grausamkeit und Bestialität der wahre Charakter dieser „Verbündeten" der Bolschewiki. Hunderttausende von revolutionären Proletarier mordete der „Verbündete" Tschangkaischek im Auftrage der Kuomintang und noch nie in der Geschichte, außer in der Pariser Kommune, mordete die aufstrebende Bourgeoisie so zügellos barbarisch das Proletariat wie die Kuomintangpartei. Die nationalbolschewistische Politik des Leninismus erwies sich in China als ein blutiges reaktionäres Experiment, das nutzlos Proletarierblut vergoß zur Stärkung der Bourgeoisie.

Und wie steht heute die III. Internationale zu China? „Verbündete" der Kromintang sind die Bolschewiki nicht mehr — sie haben den verdienten Fußtritt erhalten. Auch heute noch setzt aber die Komintern ihre nationalbolschewistische Katastrophenpolitik in China fort und plärrt vom „Volkskrieg", während die Bourgeoisie den Arbeitern die Köpfe abschlägt. Die Komintern betreibt augenblicklich in China ein doppeltes Intrizenspiel, das beweist, wie verlogen die bolschewistische Politik in der nationalen Frage ist. Auf der einen Seite verlangen die Leninisten, daß die Proletarier keinen „Hammerschlag für die Kriegsindustrie" leisten und den „Volkskrieg" der chinesischen Ausbeuterklasse zu fördern haben, — auf der anderen Seite untergraben die Bolschewiki selbst die Unterstützung des „Volkskrieges" in China, indem sie laut Meldung der „Fahne" vom 1. 3. 32 (wir berichten auch an anderer Stelle darüber) japanische Truppen auf der russisch-chinesischen Ostbahn befördern. Von den ausgebeuteten Massen verlangen die Bolschewiki die Unterstützung des angeblich „revolutionären Volkskrieg", doch die russischen Leninisten, die im Besitz der Staatsmacht sind, unterstützen nur in der Phrase den „nationalen Freiheitskrieg".

Die chinesischen Erfahrungen lehren uns, daß jeder chinesische Prolet, der im augenblicklichen „Volkskrieg" gefallen ist, sein Leben nicht für die proletarische Befreiung sondern für die chinesische Ausbeuterklasse opferte. Ein Land, dessen herrschende Klasse die Köpfe des Proletariats in den Sand rollen läßt, kann kein Vaterland der Arbeiter sein. **„Kein Tropfen Blut für die nationalen Interessen der Bourgeoisie", muß die Parole des internationalen Proletariats sein.** Solange das Proletariat in die Ketten der besitzenden Klasse geschlagen ist und sich von seinem nächsten Ausbeuter, der nationalen Bourgeoisie noch nicht befreit hat, muß es auf den Sturz der herrschenden Klasse hinwirken und einen Dreck geht der Arbeiterklasse die nationale „Vaterlandsverteidigung" an. R. L. hat tausendmal recht, wenn sie gegen Lenins Formulierung ankämpfte, die „nationale Kriege" als „revolutionär" erklärte und überhaupt noch für möglich hielt im Zeitalter des Monopolkapitals. In jedem Krieg hat die Arbeiterklasse die Klassenfrage zu stellen und nur diese entscheidet über die Aufgaben des Proletariats. Nicht nationalistische Phraseologie, und mag sie noch so bolschewistisch gefärbt sein, befreit das Proletariat, sondern die internationale Klassensolidarität des Weltproletariats ist die elementarste Voraussetzung der siegreichen Befreiung. Erst wenn das Proletariat sich über die Drahtverhaue die Hände reicht und sich international gegen seine Feinde verbündet, schafft es die Grundlage für ein „Vaterland" der Arbeiter. Erst wenn die Welt das Vaterland der Arbeiter geworden ist, kann im wahren Sinne vom Selbstbestimmungsrecht der Völker die Rede sein. Die Worte Rosa Luxemburgs, die sie auf Seite 71 der Junius-Broschüre zu der behandelten Frage schrieb, sind heut richtiger denn je: „Der internationale Sozialismus erkennt das Recht freier, unabhängiger, gleichberechtigter Nationen, aber nur er kann solche Nationen schaffen, erst er kann das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen."

Aus den Bezirken der Union

Schlesien

Nach langer zäher Arbeit ist auch in Schlesien für unsere Ideen Boden gewonnen worden.

Lauban hatte am 15. 1. bereits seine zweite öffentliche Versammlung. Der Besuch war mäßig, jedoch reichlich doppelt so stark besucht wie bei der ersten.

Neustadtel (Bez. Liegnitz) konnte am 16. 1. seine öffentliche Versammlung abhalten. Trotz der Gegenhetze des Gewerkschaftskartells war die Versammlung von 45 Personen besucht. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 2200 für unsere Organisation ein voller Erfolg. In der Versammlung selbst beteiligten sich NS-Proleten rege an der Diskussion.

Steinau a. d. Oder am 18. 1. war mit einer Besucherzahl von 40 Personen gleichfalls ein guter Erfolg für die Union.

Das Thema in allen drei Versammlungen lautete: **Wer zeigt den Weg aus der Krise? Nationalismus oder Kommunismus?** Der gute Besuch und das Niveau der Versammlungen gibt uns den Beweis, daß auch in Schlesien die Entwicklung der rätekommunistischen Unionsbewegung langsam aber stetig nach aufwärts geht!

Neusalz a. d. Oder: Hier hat sich die KPD durch gegenseitige Streitigkeiten innerlich sehr zerschlagen. Die Partei bemüht sich dauernd die ausgetretenen Mitglieder wieder zu gewinnen.

Bei der Hausagitation in Neusalz konnten kleine Erfolge gezeitigt werden. Es gibt hier Proletarier, die unseren Auflassungen vom Klassenkampf sympathisch gegenüberstehen.

Diese Genossen (ehemals aktive Mitglieder des RFB, welche schon seit Jahren der Partei den Rücken gekehrt haben) arbeiten anzenblicklich politisch überhaupt nicht. Eine Folgeerscheinung des grenzenlosen Parteibetrugs, die jedoch endlich einmal überwunden werden muß. Die abseits stehenden Neusalzer Genossen müssen neuen Mut schöpfen und **vertrauen zur eigenen Kraft** gewinnen. Die Kommunistische Arbeiter-Union wird den nach neuen Ufern strebenden Genossen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ostsachsen

In **Pirna** fand am 26. 2. eine öffentliche Versammlung der KAU statt, die sich mit dem Thema: **„Eiserne Front — Rote Front — Klassenfront"** beschäftigte. Obwohl die KPD am gleichen Tage einen „Generalappell" ablielt und die SAP eine öffentliche Mitgliederversammlung im gleichen Lokal veranstaltete, war die Versammlung der Union trotzdem von annähernd 200 Proletariern besucht. Diese Versammlung, nach langer Zeit wieder die erste, kann von unseren Pirnaer Genossen als Erfolg für ihre bisherige Aktivität gebucht werden.

Rhein und Ruhr

Düsseldorf berichtet:

SAP-Versammlung.

Die Tolerierungs- und Verräterpolitik der letzten 13 Jahre durch die SPD ist auch in der Düsseldorfer SPD nicht debattenlos hingenommen, ohne Folgen geblieben. Wenn auch der Bonze Parteisekretär Richter in seinem Jahresbericht erklärte: Die SPD ist ein unerschütterlicher Fels. Sie war zahlenmäßig und organisatorisch nicht zu erschüttern. So zeigt uns doch das Absplittern der Torhorst mit ihrem Anhang zur KPD und die neugegründete SAP gerade das Gegenteil. Letztere hat eine guten organisatorischen Anhang und öffentlichen Einfluß. Die am 15. Februar in der Tonhalle stattgefundene öffentliche Versammlung bewies das. Referent des Abends war der sozialistische Theoretiker Fritz Sternberg. Sternberg ließ sich durch die Einladungszettel als Doktor Sternberg präsentieren und nicht als Genosse. Dieses nebenbei, weil er es nicht liebte, in der Diskussion mit Herr angeredet zu werden. Im ersten Teil seiner Ausführungen der ökonomischen Analyse bewies er, daß die heutige Krise eine andere als früher, eine Weltkrise ist. Den Reformismus bezeichnete er als Uebel, welches die Arbeiterklasse zur Ohnmacht verdammt. Im Endziel war er für die Diktatur des Proletariats. Doch kann man auch nicht sagen: Die Botschaft der SAP hören wir wohl, doch allein uns fehlt der Glaube. Warum, weil der Vortläufer der SAP eine reformistische Schlußfolgerung zog. Als Aufgabe des Proletariats stellte er Zerschlagung der Eisernen Front, Bildung einer Klassenwehr. Aber die Gewerkschaften, welche bekanntlich konterrevolutionärer sind als die Konterrevolution, sollen der Arbeiterschaft erhalten bleiben. Die SAP-Proleten sollen hinein gehen und das versuchen, was die KPD acht Jahre bis zu ihrer eigenen Ohnmacht getan hat: „Revolutionieren", die Konterrevolution, den Reformismus erobern. Echter Brandlerismus ist das, und die KPD solidarisiert sich auch sehr mit der SAP, wie ihr Diskussionsredner bewies. Eine Einigung beider auf dieser Grundlage würde eine neue Gefahr für die Arbeiterklasse bedeuten. Eine neue USP-Halbheit. Zur Reichspräsidentenwahlfrage belehrte er den Parlamentarismus, nur wünschte er einen (nach echt SPDistischer reformistischer Methode) in der Arbeiterschaft bekannten, lies bewährten Arbeiterführer als Präsident. Wer das sein soll, das verschweig er. Proletarier, es gilt die Augen offen zu halten, es sind Wölfe in Schafskleidung.

Wasserkante

Hamburg:

„Rote Solidaritätsaktionen."

Die arbeiterfeindliche Politik der KPD treibt Blüten, wie sie nur auf dem Misthaufen der Geschichte gedeihen können:

Neulich überfiel ein Trupp Rowdies das Büro der englischen Heuerstelle (Vermittlungsbüro für englische Schiffe), das von der National Union of Seamen geleitet wird. Nachdem sämtliche Fensterscheiben und ein Teil des Inventars demoliert waren, verschwanden die Helden.

Die Hamburger Volkszeitung macht hieraus eine Solidaritätsaktion der deutschen Seeleute für die streikenden Seeleute in England. Sie schreibt: In England streiken die Seeleute. Bei der englischen Heuerstelle in Hamburg werden täglich Streikbrecher nach England vermittelt. Eine Abordnung der deutschen Seeleute sei daher auf der englischen Heuerstelle erschienen um die Seeleute zur Solidarität aufzufordern. Ein Teil der Anwesenden (5 Mann) hätte sich sofort solidarisch erklärt und auf das Dazwischentreten des Leiters der Heuerstelle hätten sie sich gemeinschaftlich voller Empörung gegen ihn gewandt, ihn verprügelt und das Büro entzweigeschlagen. Eines sei jetzt erreicht: Die Vermittlung hätte aufgehört.

Tatsache ist 1., daß trotz allen Geschreis der KPD- und RGO-Presse in England die Seeleute nicht streiken (bis auf einige Teilaktionen, die an dem Tage jedoch schon zu Wasser gegangen waren); 2. daß bei der englischen Heuerstelle während der letzten vier Monate fast kein Mann vermittelt wurde, manche sogar schon 9 bis 16 Monate auf ein Schiff warten; 3. daß sich kein einziger von den ca. 20 Lümmel auch nur mit einem Wort an die wenigen dort anwesenden Seeleute gewandt hat. Sie erschienen im Sturmschritt und gingen sofort zur „Aktion" über.

Betrügerischer kann selbst die offizielle bürgerliche Pressehure keinen Artikel aufmachen. Man stellt eine ausgesprochene Lümmelei einfach als proletarische Aktion hin. Man kann das nur tun, weil die Anhänger ihrer „Bewegung" auf den Pfiff gehorchen, weil ihnen jegliches proletarische Klassengefühl schon soweit abhanden gekommen ist, daß sie gar nicht erst untersuchen, ob die gegebenen Parolen auch den Tatsachen entsprechen. In welchem Wechselverhältnis die Lügen der Hamburger Volkszeitung und die eventuellen Lügen der „Sturmtruppe" zueinander stehen, interessiert in diesem Zusammenhang nicht. Entscheidend ist, daß die KPD sich mit derartigem Heldentum solidarisiert. Und das kann nicht anders sein. Etwas muß getan werden um „Bewegung" zu mimen. Und weil man die proletarische Klassenbewegung nicht „machen" kann von Organisationswegen, greift man zum Theater oder politisch gesagt zur bewußten Irreführung der Arbeiter. Man pfeift sogar schon auf den äußeren Schein. Den braucht man nicht mehr zu wahren als „volksrevolutionäre" Partei. Die aufrechten Proletarier die man noch in den Reihen hat und die versuchen gegen den Stachel zu löcken, bringen Graf Steenbock, Scheringer und Genossen zur Raison nach altbekannter Kasernenhof-Devise: Kerls, Maul halten!

Cuxhaven. Der Erwerbslosenausschuß (KPD) hatte zum 25. 2. eine Erwerbslosenversammlung bei „Reitz" einberufen. Zum Thema „Der neue Raubzug auf die Erwerbslosenunterstützung" sollte der Referent v. d. Reit-Hamburg sprechen. Da er selbstverständlich den Erwerbslosen nicht sagen konnte, wie diesem Raubzug ein Halt geboten werden kann, sprach er 1¾ Stunde über Sowjetrußland und Präsidentenwahl. Von den ca. 150 anwesenden Erwerbslosen schliefen während seiner Rede die meisten ein.

Erst die Diskussion brachte Leben in die Bude. Neben drei anderen Rednern kam ein Genosse der KAU zum Wort, der den anwesenden Proleten den Weg aufzeigte, der allein aus der kapitalistischen Unordnung herausführt. Der reiche Beifall, den die Proleten unserem Redner zollten, zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Bayern

München hatte am 10. 3. eine Erwerbslosenversammlung der KPD zu verzeichnen. Reichstagsabgeordneter Schröder-Berlin sprach über das Thema: **Lohnabbau und Präsidentenwahl.** Eingangs seiner Rede zeigte der Referent folgerichtig auf, daß sich die Kapitalismus auf absteigender Linie bewegt und unfähig sei den Massen noch eine Existenzmöglichkeit zu bieten. Er erklärte, daß es im Interesse des Proletariats notwendig sei, dieses kapitalistische System zu beseitigen. Auch der Zusammenbruch des Mittelstandes sei eine unumstößliche Tatsache.

Dann folgte die übliche Wald- und Wiesenrede über Anträge der KPD im Reichstag (Unterstützungserhöhung, Sozialrentner, Winterbeihilfe usw.) — und deren Ablehnung. Am Schluß seiner Rede wies er auf den drohenden Weltkrieg hin, mit dem Appell an die Massen: Sowjetrußland und „Sowjetchina" (?) zu verteidigen. **Den** Ausweg erblickte er im Kampfe **unter** Führung der **einzig** revolutionären Partei; ein Kampfmittel sei auch die Wahl, deshalb jede Stimme für Thälmann.

In der Diskussion reichnete ein Unionist mit den falschen Losungen der KPD scharf ab. Indem er der Versammlung aufzeigte, daß sich der Kapitalismus nur noch durch gesteigerte Verelendung der Massen halten kann, kam er folgerichtig zu einer Ablehnung des parlamentarischen Theaters der KPD.

Auf Druck des Referenten wurde die Redezeit ohne Abstimmung auf 10 Minuten festgesetzt. In dem nun einsetzenden Tumult konnte unser Genosse nicht weitersprechen. Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis: Sabotiert den bürgerlichen Wahlrummel, denn die Befreiung der Arbeiter kann nur ihr eigenes Werk sein.

Berlin-Brandenburg

Schöneberg. Hier fand am 4. März ein sehr gut besuchter öffentlicher Diskussionsabend der Union statt. Das Thema lautete: „KPD, RGO und Massenstreik". Der Referent zeigte in gründlichen Ausführungen die Geschichte der KPD und ihrer Gewerkschaftlichen Anhängsel auf. Mit klaren Worten stellte er die Stellung der KAU zum Massenstreik und zu der sogenannten Spontaneitätstheorie Rosa Luxemburgs zur Debatte. In der Diskussion sprach u. a. eine Genossin der KPO, deren sachliche Argumentation die Grundlage zu einer positiven Diskussion gab, an der sich viele der Zuhörer beteiligten. Der Abend war ein Erfolg in unserer Arbeit. Die Anwesenden setzten für den 18. März einen neuen Diskussionsabend fest mit dem Thema: Rosa Luxemburgs Stellung zur Rolle der Gewerkschaften und der Partei zum Massenstreik.

Spandau hatte ebenfalls am 10. 3. eine Erwerbslosenversammlung der KPD. Tagesordnung selbstverständlich: Präsidentenwahl. Das Referat selbst stand auf solch niedrigem Niveau, daß wir es uns ersparen können, an dieser Stelle kritisch dazu Stellung zu nehmen. Sonst der übliche Rummel (ähnlich wie in München), mit dem einen Unterschied: **Diskussion gab es nicht,** denn man mußte für den einzigen Arbeiterkandidaten das Straßenpflaster trampeln.

Als Referent trat der ehemalige Unionist (im Jargon der KPD: Renegat) Hans Fittkow auf, der am letzthin noch im „Spartakusbund" eine Gastrolle gegeben hatte. Bereichsmäßig wurde unsere Genossen in dieser Versammlung von einem Rollkommando überfallen und trotz Gegenwehr einer Anzahl Flugblätter beraubt.

Bücher-Angebot

Sämtliche sozialistisch-kommunistische Literatur sowie Bücher aller Wissensgebiete, Romane usw. besorgt und liefert zu Originalpreisen der „Neue Arbeiter-Verlag" (Franz Rother), Berlin O 112, Grünberger Straße 4.

Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, 0,40 RM.
— Sozialreform oder Revolution. 1,20 RM.
— Die Krise in der Sozialdemokratie (Juniusbr.). 0,50 RM.
— Die russische Revolution. 0,25 und 0,50 RM.
Marx-Engels, Das kommunistische Manifest. 0,90 RM.
— Soll der Faschismus siegen. 0,10 RM.
Engels, Grundsätze des Kommunismus. 0,80 RM., Antidühring
Lein. 4.— RM.
Trotzki, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen. 0,25 RM.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: E. Kuntze, Berlin O 27.
Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17

15 Monate in Sowjet-Rußland! (Siehe 2. Seite.)

DER KAMPFRUF

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 13, Nr. 3 — **Berlin, April 1932** — **Preis 10 Pfennig**

Der „Kampfruf" erscheint zweimal monatlich
Zu beziehen durch die Funktionäre der KAU

Bezugspreis: viertelj. 1 RM, im voraus zahlbar
auf Postscheckkonto Rich. Radt, Berlin 100 817

Sabotiert die Wahlen!

Zwischen den Schlachten

Der zweite Wahlgang zu den Reichspräsidentenwahlen steigt am 10. April. Nochmals lassen bis zu diesem Termin die politischen Parteien ihre letzten Minen springen, — um den letzten Mann an die Wahlurne zu schleppen.

Angesichts der ungeheuren Verpulverung proletarischer Energien, der Vergeudung großer finanzieller Mittel (trotz der allgemeinen Notlage!) für einen **rein bürgerlichen Zweck,** halten wir es für notwendig, an dieser Stelle nochmals auf die

Unzulänglichkeit des parlamentarischen Systems

hinzuweisen.

Am 13. März ist es der Sozialdemokratie samt ihrem freigewerkschaftlichen Troß gelungen, ihre bisherigen Wählermassen geschlossen für Hindenburg zu die Wahlurne zu führen. Die „Politik des 4. August" wird von der SPD konsequent fortgesetzt mit der Begründung, — wenn Hindenburg nicht gewählt wird, dann kommt Hitler zur Macht. Der Faschismus ist der schwarze Mann, mit dem man die noch kleinbürgerlich eingestellten Wählermassen bei der Stange hält.

Die „Eiserne Front" will durch die Wiederwahl Hindenburgs die Aufrichtung des faschistischen dritten Reiches angeblich verhindern.

Auf Grund dieser demagogischen Parole müssen wir die Frage aufwerfen: Was ist eigentlich Faschismus — worin unterscheidet sich die innerdeutsche Situation z. B. von Italien, dem Geburtslande der faschistischen Bewegung?

Die Beantwortung dieser Frage wollen wir der Sozialdemokratie selbst überlassen.

In der Monatsschrift für die Mitglieder der Berliner Sozialdemokratie **„Unser Weg"** Nr. 2 vom Februar 1932 schreibt Norbert Bachrach in seinem Artikel: **„Wollen wir Italien kopieren?"** wie folgt:

Bachrach schreibt:

„Die faschistische Lohnpolitik ist eine Kette von Lohnreduzierungen.

Die Unterstützung wird nur 16 Wochen vergütet.

Die jüngste Angabe der Regierung für den Monat Oktober zeigt ein Arbeitslosenheer von 850 000 Italienern. Das bedeutet für die italienische Wirtschaft eine Katastrophe.

Eine der ersten faschistischen Maßnahmen war die Auflösung der Kapitalbesteuerung, die Auflösung der Kommission zur Untersuchung der ungerechtfertigten Bereicherung und Steuerhinterziehung der Kriegsgewinnler, die Aufhebung der Erbschaftssteuer, die Aufhebung der Luxussteuer. **Der die Einführung der Lohnsteuer.**

Am Schluß dieses Artikels prophezeit der Sozialdemokrat Bachrach:

„Der Faschismus wird niemals in Deutschland regieren, weil Deutschland nicht Italien ist und weil die deutsche Arbeiterschaft Gewalt gegen Gewalt setzen wird!"

Bachrachs Prophezeiung ist keine leere Phrase. — Denn die sozialdemokratische Politik des „kleineren Uebels", die Stimmzettelaktion für Hindenburg, das ist die „Gewalt", die gegen die Gewalt des Faschismus gesetzt wird.

Wir fragen:

Sind die 20—40prozentigen Lohnreduzierungen im Lande Hindenburgs auf Grund der Notverordnungen etc. seine **Kopie Italiens?**

Wird im „nichtfaschistischen" Deutschland die Arbeitslosenunterstützung länger wie 20 Wochen gezahlt?

Sind die fünf bis sechs Millionen arbeitslosen Proleten in Deutschland kein sichtbarer Beweis für die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft?

Der katholische Sozialdemokrat Fritz Ebert hat schon **1920** in Deutschland den **10prozentigen Steuerabzug vom Arbeitslohn** eingeführt. Diese Maßnahme wurde damals als eine gerechte Verteilung der Lasten hingestellt.

War Fritz Ebert etwa ein Agent Mussolinis?

Sozialdemokratische Arbeiter!

In Deutschland wird der Faschismus nicht parlamentarisch regieren.

Der Faschismus wird jedoch seine

blutige Diktatur

aufrichten trotz aller Hindenburgsiege, wenn ihr nicht eure wirkliche Klassensituation erkennt.

Hitler

hat es einfacher wie Mussolini. Er braucht hier nur den staatlichen Apparat mit seinen Leuten vollstopfen, — denn der Lohnraub und der Raubzug auf die Taschen der proletarischen Steuerzahler, der rigoroseste Unterstützungsabbau und die demokratische „Pressefreiheit" sind bereits von der Hindenburg-Koalition („Eiserne Front") erledigt worden.

„Seht nach Italien, dort herrscht der Faschismus, — die proletarischen Organisationen sind verboten!" so sagen eure Führer.

Die Kommunistische Arbeiter-Union ist sich völlig darüber klar, daß die direkte offene Herrschaft der Nationalsozialisten eine Verschärfung des Terrors gegen die

revolutionäre Arbeiterschaft

mit sich bringen wird.

Es bleibt sich jedoch gleichgültig, ob Hitler die **sozialistische** Bewegung völlig liquidieren will — oder ob sozialdemokratische Polizeipräsidenten die revolutionäre Presse und die **sozialistischen** Organisationen im Namen der Demokratie mit Verboten traktieren.

Als 1925 die Sozialdemokratie Hindenburg schlagen wollte durch die Wahl des Zentrumspaffen Marx, da schrieb die unionistische Presse, daß es Jacke wie Hose ist, — wenn sozialdemokratische Arbeiter statt Hindenburg — Marx wählen.

1932 — sieben Jahre später — sind die Klassenfronten schärfer umrissen. Sozialdemokratische Arbeitermassen geben mit dem Hindenburgstimmzettel ein unbewußtes Bekenntnis für den offenen Faschismus ab, denn der

Generalfeldmarschall

ist ebensowenig ein direkter Gegner Hitlers — wie auch Hitler kein Gegner Hindenburgs ist.

Wer Hindenburg seine Stimme gibt, der begeht Klassenverrat!

Ebenso falsch ist die Parole der Kommunistischen Partei, die auch im zweiten Wahlgang Thälmann wieder kandidieren läßt. Im ersten Wahlgang begründete die KPD die Notwendigkeit einer sogen. Arbeiterkandidatur mit der Auffassung von Karl Marx, wo es in der **„Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten vom März 1850"** in folgenden Worten zum Ausdruck brachte:

„Das Proletariat muß dafür sorgen, daß überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, die möglichst aus Bundesmitgliedern bestehen müssen und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Oeffentlichkeit zu bringen."

Möge diese „marxistische" Begründung der KPD, die **82 Jahre alt** ist, für den ersten Wahlgang mit dem Schein der Berechtigung passieren.

Die Kräfte sind jedoch gezählt, — und ist die KPD nach parlamentarischen Regeln gewogen und zu leicht befunden worden.

Lehren der Märzwahl

Der erste Wahlgang in der Präsidentschaftsfrage hat Ergebnisse gezeitigt, die eine über den parlamentarischen Rahmen weit hinausgehende allgemein-politische Bedeutung haben. Auf der einen Seite widerspiegelt der

5 Millionen-Gewinn der Nazis

deutlich die völlige Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien und die Neuformierung ihrer Wähler unterm Hakenkreuz. Daß die Hitlerbewegung in anderthalb Jahren ihre Stimmenzahl um rund 50 Prozent steigern konnte, illustriert kraß den katastrophalen Zusammenbruch des traditionellen bürgerlichen Parteiwesens unter den Schlägen der kapitalistischen Krise. Dieser Prozeß der bürgerlichen Umgruppierung dürfte aber nun vor seinem Ende stehen, womit auch die Nazipartei an die Grenze ihrer parlamentarischen Erfolge kommt. Denn ein weiterer sprunghafter Vormarsch des Hakenkreuzparlamentarismus hätte zur Voraussetzung eine Paarung Hitler-Hugenberg, die aber bei dem deutschnationalen Konservativismus politisch unmöglich ist. Auch die weit übers Ziel hinausgegangenen Wahlschätzungen der Nazileute (Goebbels prophezeite 15 bis 17 Millionen Stimmen!) zeigen an, daß der parlamentarische Haltepunkt nicht mehr fern ist.

Immerhin ist die Hitlerbewegung heute mit ihren 11,3 Millionen die stärkste parlamentarische Partei in Deutschland. Das wird auch die kommende Preußenwahl bestätigen, die besonders für die SPD einen großen Katzenjammer bringen wird. Daß die Kapitalistenklasse den aus dem Zusammenbruch der bürgerlichen Parteien hervorgegangenen großen nazifaschistischen Bastard nicht mehr lange von den Regierungsgeschäften ausschließen kann, ist eine Selbstverständlichkeit.

Parteigenossen der KPD!

Wir fragen euch mit proletarischer Offenheit: Wollt ihr nochmals eure Hand dazu bieten, daß der kommunistische Klassenkampfgedanke am 10. April vollends in Mißkredit gebracht wird? Wollt ihr für eine Stimmzettelaktion nochmals eure Energien nutzlos verpuffen? Wollt ihr es zulassen, daß Tausende von Proletariergroschen nochmals zwecklos für den parlamentarischen Kretinismus eurer Parteiführung verpulvert werden?

Genossen der KPD!

Wir appellieren an eure proletarische Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes, die euch als Kommunisten sagen muß, daß die Auffassung des theoretischen Wegweisers des Proletariats Karl Marx über den Parlamentarismus 1850 (dem damaligen Stand der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte entsprechend) richtig war, — **heute jedoch unter der Diktatur des Monopolkapitalismus nicht mehr zeitgemäß ist.**

Der demokratische Parlamentarismus ist im Laufe der Jahrzehnte zur **Tarnkappe monopolkapitalistischer Willkürherrschaft** geworden. Die Notverordnungsdiktatur Hindenburg-Brüning stellt das heute jedem denkenden Proletarier klar unter Beweis.

Aus diesem Grunde steht für das revolutionäre marxistische Proletariat nicht die Frage zur Entscheidung, welcher Kandidat am 10. April den Thron der kapitalistischen Republik einnimmt. **Nicht roter Kaiser oder schwarzweißroter Kaiser lautet die Devise,** sondern vor dem Proletariat steht wuchtig und zielweisend die Parole der Kommunistischen Arbeiter-Union:

Klasse gegen Klasse

im antiparlamentarischen Machtkampf zum Sturze der Bourgeoisie, zur Errichtung der proletarischen Klassendiktatur! Für den Sieg des internationalen Kommunismus!

In diesem Sinne muß eure proletarische Entscheidung fallen am 10. April im zweiten Wahlgang und bei den demnächst stattfindenden Landtagswahlen: **Keinen Mann und keinen Pfennig dem parlamentarischen System! Boykottiert die Wahlen!**